Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 274 — Freitag den 3. Dezember 1920 — 47. Jahrg.

Reichsnotopfer und Zwangsanleihe.

(Von einem Parlamentarier.

Im Steuerausschuß des Reichstages hat eine Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein am Mittwoch erhebliche Aufregung verursacht. Der Reichsbankpräsident war ersucht worden, ganz allgemein und ohne politische Rücksichten über die Frage zu sprechen, wie nach seiner Ansicht der Finanznot des Reiches zu steuern sei. Nun lag dem Steuerausschuß bereits der Regierungsentwurf über die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vor. Es war daher angenommen worden, Havenstein werde sich für diesen Regierungsentwurf einsetzen. Das tat er aber nicht, sondern er machte den Vorschlag, die Erhebung des Reichsnotopfers mit der Aufnahme einer Zwangsanleihe in Verbindung zu bringen. Es sei dringend notwendig, der ständig wachsenden Vermehrung der Notenausgabe einen Riegel vorzuschieben. Ohne Einschränkung des Papiergeldumlaufes sei eine bessere Bewertung unseres Geldes auf dem internationalen Markte unmöglich. Die schwebende Schuld des Reiches sei im letzten Jahre von 86 auf 146½ Milliarden Mark gestiegen. Von den 60 Milliarden der Gesamtvermehrung entfielen allein auf das letzte halbe Jahr 52,8 Milliarden, also ein Betrag, der zehnmal so groß als die ganze Vorkriegsschuld des Reiches ist. Der Papiergeldumlauf sei im letzten Jahre von 50 auf 75 Milliarden angewachsen. Wenn hier nicht Einhalt geboten werde, müßten wir in kurzer Zeit bei österreichischen Zuständen anlangen und in die Assignatenwirtschaft geraten. Mit der beschleunigten Erhebung des Notopfers müsse die Aufnahme einer Zwangsanleihe verbunden werden. Wenn der Reichstag schnell handele, sei es noch nicht zu spät zur Wiedergesundung unserer Finanzen. Die Zwangsanleihe wäre so zu denken, daß ein Viertel des Vermögens in ihr anzulegen wäre, wobei die in bar geleisteten Zeichnungen auf Kriegsanleihe und die Zahlungen auf das Reichsnotopfer als Teil dieser Zwangsanleihe gelten. Um die Betriebskapitalien zu schonen, müßten Betriebsvermögen nur mit der Hälfte herangezogen werden. Die Zwangsanleihe im Zusammenhange mit der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers könne schätzungsweise etwa 20 Milliarden Mark sofort einbringen, also den doppelten Ertrag der beschleunigten Reichsnotopfereinziehung.

Nach diesen Vorschlägen hat auch der Reichsfinanzminister Dr. Wirth sich den vorgetragenen Vorschlägen Havensteins nicht abgeneigt gezeigt, so daß sich die Mitglieder des Ausschusses plötzlich vor ganz neue Beratungen und Entscheidungen gestellt sahen. In der fortgesetzten Aussprache am Donnerstag wurde deshalb von verschiedenen Abgeordneten die Ansicht vertreten, daß eine Weiterberatung im gegenwärtigen Augenblicke zwecklos sei und daß erst die bedeutungsvolle Rede des Reichsbankpräsidenten gedruckt vorliegen oder die Grundlagen eines Gesetzentwurfes über die Zwangsanleihe von der Regierung festgelegt werden müßten, ehe man Beschlüsse fassen könne. Der Reichsfinanzminister hat darauf noch einmal betont, daß er von jeher in Fühlung mit dem Reichsbankpräsidenten für eine Verbindung von Zwangsanleihe und Reichsnotopfer eingetreten, aber durch Kabinettsbeschluß auf den Weg der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers gewiesen worden sei. Weitere Beschlüsse sind dann im Ausschuß nicht gefaßt worden. Er hat sich vielmehr bis zum Dienstag nächster Woche vertagt.

Inzwischen sind wilde Gerüchte über Regierungskrisen aufgetaucht, die jeder Begründung entbehren. Dabei wird auch verbreitet, daß die demokratischen Abgeordneten im Ausschuß den Gesetzentwurf zur beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers abgelehnt hätten. Das ist nicht richtig. Die Deutsche demokratische Fraktion war und ist vielmehr bereit, dem Finanzminister ein Mittel zu bewilligen, das der Regierung ermöglicht, einen Teil der aufs unerträglichste gewachsenen schwebenden Schuld möglichst schnell abzubürden. Für diesen Zweck kommen eben nur zwei Wege in Frage, der der Zwangsanleihe und der der beschleunigten Einziehung des Notopfers. Vor Monaten ist die Frage der Zwangsanleihe bereits besproche worden; man hat von vielen Seiten, auch von demokratischer, die Bedenken dagegen vorgebracht. Dann hat sich das Reichskabinett für den anderen Weg, für die jetzige Vorlage entschieden. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber weiter verschlechtert. Der Bedarf in Handel und Industrie nach flüssigen Mitteln ist erheblich gestiegen. Dadurch ist das Parlament von neuem genötigt, zu prüfen, welcher von den beiden Wegen am praktischsten eingeschlagen wird und ob und inwieweit gleichzeitig andere Steuergesetze zum Schutz der Wirtschaft zu ändern sind. Für die demokratische Fraktion steht aber fest, daß der bei der Prüfung als zweckmäßigster befundene Weg sofort und in Gemeinschaft mit der Regierung betreten werden muß. Es handelt sich also um eine dringliche und gründliche Prüfung der vorgeschlagenen Regierungsvorlage nach ihrer Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit. Von einer Regierungskrise in diesem Zusammenhang zu reden, ist Unsinn.

Die Lage im Reiche.

Nachricht n über eine angeblich bevorstehende Brotpreiserhöhung,
die in Bayern große Beunruhigung hervorgerufen hatten, werden vom Reichsernährungsministerium ausdrücklich für falsch erklärt.

Kommt ein Tabaksmonopol?

Berlin, 3. Dez. Zu einer Meldung der Leipziger „Neuesten Nachrichten“, daß Vorarbeiten für ein Zigarettenmonopol im Gange seien, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß sich das Reichsfinanzministerium nach gesetzlicher Vorschrift bis zum 31. März 1921 über die etwaige Einführung eines Tabaksmonopols schlüssig werden muß. Demgemäß schweben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen, die sich aber noch zu keinerlei Vorlage verdichtet haben.

Einmütige Ablehnung der englischen Note über die Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 3. Dez. (WTB.) Die Morgenblätter erkennen den verbindlichen Ton der englischen Note über Oberschlesien an, erklären aber einmütig, daß sie dem deutschen Volke eine Änderung des Friedensvertrages zumutet, die seinen Interessen zuwiderlaufe. — Der „Lok.-Anz.“ sagt, ein Sturm der Empörung würde sich bei allen deutsch empfindenden Oberschlesiern erheben, wenn die Reichsregierung hier auch nur einen Augenblick schwanken wollte. — Die „D. Allg. Ztg.“ sieht in dem Vorschlag einen gutgemeinten Vorschlag der Engländer, eine Brücke zwischen den von Frankreich unterstützten polnischen Forderungen und dem deutschen Standpunkt zu bauen, trotzdem sei er aber für uns unannehmbar. — Die „Voss. Ztg.“ findet in der Note keine wirkliche Begründung für eine Abänderung des Vertrages. Die bloße Besorgnis vor Unruhen, die außerdem unbegründet sei, könne unmöglich die Rechtfertigung für eine solche Maßregel sein.

Lebensmittelunruhen in Ostpreußen.

Königsberg, 3. Dez. In Heydekrug (Ostpr.) und Umgegend fanden Lebensmittelunruhen statt. Die Demonstranten, etwa 700 Personen, konnten zwar von der Landespolizei zerstreut werden, ohne daß es zu Ausschreitungen kam. Man befürchtet aber in den nächsten Tagen neue Unruhen wegen der mangelnden Brotversorgung. Im November sind für den Kreis Heydekrug nur etwas mehr als 300 Zentner Getreide zur Verteilung gekommen, bei einem Bedarf von über 2000 Zentnern.

Die Untersuchung des Zwischenfalles in Cuxhaven.

Cuxhaven, 3. Dez. (WTB.) Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, trifft die zur Prüfung des Zwischenfalles mit der Ententekommission eingesetzte Kommission heute hier ein. Die hiesigen Truppen haben eine Kommission nach Berlin entsandt, um bei den zuständigen Stellen eine Änderung der die Festungskommandantur betreffenden Sühneforderungen zu erwirken.

Infolge des Kohlenmangels.

Hanau, 3. Dez. (WTB.) Infolge des Kohlenmangels in den hiesigen städtischen Betriebswerken wird, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, der Straßenbahnbetrieb vom Sonnabend an vollständig eingestellt. Des weiteren wird die Abgabe von Gas und Elektrizität von 1—5 Uhr nachmittags eingestellt.

Tschitscherin fordert klare Antwort von England.

London, 3. Dez. (TU.) In einer neuen Note an die englische Regierung verlangt der Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, eine direkte und deutliche Antwort in der Frage, ob die englische Regierung in der Gegenwart oder in der nächsten Zukunft das Handelsabkommen mit Sowjetrußland abschließen wird, und ob England bereit ist, in London irgendwelche andere Friedensbesprechungen zu eröffnen. Falls darauf nicht reflektiert wird, habe ein weiteres Verbleiben des russischen Vertreters Krassin in London keinen Zweck mehr.

Verhaftung radikaler Führer durch Franzosen.

Frankfurt a. M., 3. Dez. Wie die „Frankf. Westdeutsche Arbeiterztg.“ meldet, wurden die Ortsgruppenvorstände der vereinigten kommunistischen Partei und der linken USPD. in Mainz, Worms und Höchst a. M. von den französischen Behörden verhaftet. Als Grund gibt das Blatt kommunistische Propaganda im besetzten Gebiet an.

Lloyd George über das bankerotte Europa.

Amsterdam, 3. Dez. Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George in seiner Rede auf dem Essen des Verbandes britischer Industrieller noch: Die europäischen Länder helfen sich nur durch die Banknotenpresse weiter, aber man könne nicht dauernd einen Sack Papier auf dem Rücken tragen. Europa sei auf dem Wege zum Bankerott. Europa könne nicht kaufen, und wo es zu kaufen vorgebe, könne es nicht verkaufen. Lloyd George erklärte weiter: Europa steht vor unserm Schaufenster, das mit den besten Waren angefüllt ist, die die Welt erzeugen kann. Europa ist jedoch in Lumpen, und seine Taschen sind nur mit Papier angefüllt. Europa muß sich aber zu einer vollen Börse emporarbeiten. Mit einer Handbewegung, die zugleich Verachtung und Verzweiflung ausdrückte, rief Lloyd George: Und da gibt es noch Leute in der Welt, die denken, je ärmer die europäischen Länder sind, um so reicher würden wir sein. Lloyd George sagte, das beste Mittel sei Frieden, und die Männer müßten vertilgt werden, die in der Welt mit Petroleumkannen umhergehen und die Feuer des Krieges und der Unruhe schüren.

Neue französisch-englische Besprechungen über Griechenland.

Paris, 3. Dez. (TU.) Der französische Ministerpräsident Leygues ist gestern morgen wieder in London eingetroffen. Die Verhandlungen wurden sofort wieder aufgenommen und nehmen unter offensichtlich günstigen Anzeichen ihren Fortgang. Nach einer halbamtlichen englischen Meldung dürfte gestern nachmittag eine Note an Griechenland zur Absendung gelangt sein. Das Reutersche Büro erfährt von französischer Seite, daß wahrscheinlich eine Note an Griechenland gesandt werden wird, in der es gewarnt wird, da sich im Falle einer Rückkehr des Königs Konstantin unter gewissen Umständen die Notwendigkeit ergeben wird, den türkischen Vertrag abzuändern. Der erste Schritt der Alliierten wird wahrscheinlich sein, Griechenland die finanzielle Unterstützung zu entziehen.

Der Eisenbahnerstreik in Norwegen.

Kopenhagen, 3. Dez. „Berlinske Tidende“ meldet aus Christiania: Der Eisenbahnerstreik ist gestern zum Ausbruch gekommen. Der Postverkehr, der wichtigste Reisendenverkehr und die Versorgung mit Lebensmitteln werden aufrechterhalten.

Arbeitsmangel im Bezirk Colmar.

Paris, 3. Dez. Havas meldet aus Colmar, in den Webereien im Bezirk Colmar wird von jetzt ab nur 32 Stunden, anstatt 48 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Arbeiter, die zum Feiern gezwungen wurden, sollen als Entschädigung den vierten Teil ihres Lohnes erhalten.

Die Kosten ds Mittellandkanals.

Die Gesamtsumme, die für den Mittellandkanal gefordert wird, beläuft sich, wie der „Vorwärts“ schreibt, auf rund 463 Millionen Mark, nach dem heutigen Geldstande also auf mindestens vier Milliarden. Das sei gewiß eine hohe Summe; aber das Geld sei gut angelegt. Mit ihm solle ein Werk geschaffen werden, das uns volkswirtschaftlich vorwärts bringe. Es werde den Osten und den Westen besser miteinander verbinden, einem besseren Austausch ihrer Produkte die Wege ebnen, den Verkehr gewaltig steigern helfen und vielleicht mehr, als wir jetzt ahnen, unsere Auswärtsentwicklung fördern.

Allgemeiner deutscher Krankenkassentag in Berlin.

In Berlin trat am Donnerstag der von Vertretern der Krankenkassen aller Art zahlreich besuchte Allgemeine deutsche Krankenkassentag zusammen. Geschäftsführer Lehmann-Dresden erörterte in längeren Ausführungen die Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung. Die Reichsregierung und der Reichstag sollen ersucht werden, die Ärztefrage bei den Krankenkassen unverzüglich zu regeln.

Eine Überstunde für Kinder in Not.

Die Angestellten und Arbeiter der Firma Gustav Barthel in Dresden haben beschlossen, eine Überstunde zugunsten der notleidenden Kinder zu machen und den Betrag der Sammlung „Kinder in Not“ zu überweisen. Sie hoffen, daß dieser Anregung über ganz Deutschland auch in anderen Industrien Folge geleistet wird. In Anerkennung dieses Gemeinsinnes wird der Firmeninhaber die gleiche Summe hinzufügen.

Protest der Berliner Hotelbesitzer.

Die Berliner Hotelbesitzer haben gestern in einer Versammlung einmütig beschlossen, den Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands aufzufordern, einen Tag zu bestimmen, an dem sämtliche Berliner Hotels als Protest gegen das Vorgehen der Berliner Polizeibehörde ihre Betriebe schließen und nicht eher wieder öffnen werden, bevor die Regierung Abhilfe geschaffen habe.

Politische Uebersicht.

Italien.

Der „Kampf“ um Fiume.

Rom, 3. Dez. Wie die Blätter aus Fiume melden, ließ d'Annunzio am Eingang des Hafens das Schiff „Cortellacco“ Stellung nehmen, um die Ausfahrt der anderen im inneren Hafen befindlichen Schiffe zu verhindern. Die Bevölkerung ist ruhig. Zahlreiche Schiffe kreuzen vor Fiume und üben eine sehr strenge Kontrolle über alle Schiffe aus.

Türkei.

Eroberung von Tiflis durch die Armenier.

Haag, 3. Dez „Nieuwe Courant“ wird drahtlos aus London gemeldet, einem Bericht aus Konstantinopel zufolge hätten die Armenier Tiflis erobert und den Kemalisten eine schwere Niederlage zugefügt.

*

Deutschland.

Die Hilfsaktion für die Beamten.

Den dringlichen Vorstellungen der Beamtenvertreter im Reichstage folgend, hat die Regierung gestern dem Reichstage einen Gesetzentwurf über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 vorgelegt, nach welchem der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab für die Orte der Ortsklasse A auf 125 v. H., der Ortsklasse B auf 100 v. H. und der Ortsklasse C auf 75 v. H. festgesetzt wird. In der Begründung wird gesagt, daß an eine allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlags, der bei nur 10 Prozent jährlich 564 Millionen Mark betragen würde, angesichts der besorgniserregenden Entwickelung der Finanzlage des Reiches nicht herangetreten werden könne. Die Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen verursachen eine Mehrausgabe von 406 Millionen Mark. Noch am gleichen Tage fand eine Besprechung von Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes unter dem Vorsitz Dr. Petersens statt, woran auch die Abgg. Delius und Schuldt teilnahmen. Von den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes wurde dargelegt, daß die beabsichtigte Hilfsmaßnahme, so bitter ernst die Finanzlage des Reiches auch gewürdigt wurde, den dringendsten Notwendigkeiten nicht Rechnung trage. Neben der Erhöhung der Kinderzuschläge, die auch auf die Ortsklassen D und E ausgedehnt werden müßte, wäre eine Erhöhung des Teuerungszuschlages unabweisbar. Eine kleine Kommission aus Abgeordneten der Regierungsparteien soll versuchen, die Vorschläge der Regierung zu verbessern. Unbedingt muß den Beamten die Hilfe noch vor Weihnachten werden.

Das Beamtenbesoldungsgesetz in zweiter Lesung erledigt.

Der Besoldungsunterausschuß im Reichstag beendete gestern nach 38 Sitzungen die zweite Lesung des Beamtenbesoldungsgesetzes. Der Ausschuß ist, soweit wie möglich, den Ansprüchen der Beamten entgegengekommen. Vielen Wünschen gerecht zu werden, verbot die traurige Finanzlage des Reiches. Auch jetzt noch hat die Regierung einer Anzahl Beschlüssen des Ausschusses ein „unannehmbar“ entgegengesetzt. Da die Besoldungsordnung in einem dazu gebildeten Unterausschuß beraten worden ist und nun an den Haushaltsausschuß gehen muß, so ist zu erwarten und zu hoffen, daß auch eine Einigung über die noch strittigen Punkte zustandekommt.

Bildung einer rein sozialistischen Regierung in Sachsen.

Wie der „Vorwärts“ aus Dresden meldet, haben die Sozialdemokraten und Unabhängigen in Besprechungen die von der Unabhängigen Partei vorliegenden Richtlinien als geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anerkannt. Die endgültige Entscheidung wird in Verhandlungen am Sonntag und Montag gefällt werden.

Der Zustand der deutschen Kaiserin ist hoffnungslos.

Basel, 3. Dez. Die Amsterdamer Blätter berichten aus Doorn: Sämtliche Prinzen und Prinzessinnen des Hohenzollern-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131920120315/fragment/page=0001

hauses wurden telegraphisch nach Schloß Doorn berufen, da man stündlich die Auflösung der vormaligen Kaiserin befürchten muß, die seit Montag fast ununterbrochen in der Agonie liegt.

Provinz und Nachbarländer.

† **Halle, 2. Dez.** Auf der Chaussee von Landsberg nach Röitzsch ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Beim Vorüberfahren eines Autos scheute das Pferd eines entgegenkommenden Geschirrs und sprang in das fahrende Auto. Hierbei wurde das Pferd und der Geschirrführer schwer verletzt und der Wagen zertrümmert. Ein Verschulden des Autolenkers soll nicht vorliegen.

† **Leopoldshall, 2. Dez.** Am Montag nachmittag ist in Giersleben der Postaushelfer Lichtenberger verhaftet worden, weil er verdächtig ist, mit den Posträubern unter einer Decke gesteckt zu haben. Die Tatsache, daß gerade am Sonnabend sich in der Postkasse eine verhältnismäßig große Summe befand, kann den Räubern nur durch eine mit den Dingen vertraute Person mitgeteilt worden sein. Man fand bei Lichtenberger bei seiner Festnahme einen Revolver. Allem Anschein nach handelt es sich bei den Räubern um die gleiche Bande, die vor einiger Zeit das Postamt in Staßfurt beraubt hat. Ihr Führer ist ein schwerer Junge, der seit langem gesucht wird.

† **Plauen, 3. Dez.** Das Schulamt hatte die Eltern der evangelisch-lutherischen Schulkinder zu einer Abstimmung veranlaßt, um festzustellen, welche Eltern Religionsunterricht und welche den „gesinnungsbildenden Unterricht“ für ihre Kinder wünschten. Es wurde in 19 evangelischen Schulen mit 13 063 Kindern abgestimmt. Das Endergebnis war, daß 2493 Eltern den Religionsunterricht ablehnten, während sich 10 620 Eltern für Beibehaltung des Religionsunterrichts erklärten. Für die rote Industriestadt Plauen ein sehr bemerkenswertes Abstimmungsergebnis.

† **Leipzig, 3. Dez.** Am Vormittage des 29. November wurde ein im Gewandgäßchen wohnhafter Bahnhofsarbeiter tot in seinem Bett aufgefunden. Er hatte sich am Abend vorher zu Bett gelegt, ohne den Hahn an der Gaslampe zu schließen. Die Lampe ist dann bei Eintritt der Sperre verlöscht. Nach Aufhebung der Sperre ist das Gas ungehindert in den Schlafraum des Mannes entströmt und er dadurch ums Leben gekommen. Alle Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos.

Zunehmende Unsicherheit in Leipzig.

Leipzig, 3. Dez. Die Unsicherheit auf den Straßen in den Abendstunden nimmt immer mehr zu. Die mangelhafte Straßenbeleuchtung und das gerade in jetziger Zeit sich oft unangenehm fühlbar machende nebelige Wetter macht sich das lichtscheue Räubergesindel zunutze, um seinem dunklen Gewerbe nachzugehen. Fast täglich kommen jetzt Überfälle bei der Kriminal-Abteilung zur Anzeige. So ist am 30. d. Mts., abends gegen ½7 Uhr eine Dame, die die Straßenbahn am Südfriedhofe verlassen hatte und auf dem Wege nach ihrer in der Gartenstadt Marienburg gelegenen Wohnung war, von einem auffallend großen unbekannten Manne, der plötzlich aus dem Gebüsch herausgetreten war, von hinten überfallen und ihr ein Paket, das sie mit anderen unterm Arm trug, geraubt worden. Der Täter verschwand dann sogleich wieder im Gebüsch. Die aufs heftigste erschrockene Dame konnte in ihrer Bestürzung keinen Laut hervorbringen, um Hilfe herbeizuholen. Das geraubte Paket enthielt 8 Pfund grüne Heringe.

Merseburg und Umgegend.

3. Dezember.

** **Erweiterter Geschäftsverkehr an den Weihnachtssonntagen.** Die Geschäftswelt wie auch die Einwohnerschaft seien darauf hingewiesen, daß an den bevorstehenden drei Sonntagen vor dem Weihnachtsfest erweiterter Geschäftsverkehr zugelassen ist. Die Geschäftszeit ist von ½8—½10 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags. Die Einwohnerschaft sei auch darauf aufmerksam gemacht, frühzeitig ihre Weihnachtseinkäufe zu besorgen, damit sich nicht der ganze Verkehr auf die letzten Tage vor dem Fest zusammendrängt und in den Geschäften die reinste Hetzjagd entsteht, die für Käufer und Verkäufer nur unangenehm und nicht vorteilhaft ist.

** **Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.** Die ordentliche Jahresversammlung des Ausschusses findet am 11. Dezember in Merseburg statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Geschäftsbericht, Jahresrechnung für 1919, Voranschlag für 1921, Satzungsabänderung, Kommissionswahlen, nachträgliche Zustimmung von Geldern für Umbauten von Büroräumen und Notwohnungen im Verwaltungsgebäude, sowie zur Regelung der Gehälter für die Kontrollbeamten. Der Voranschlag für das Geschäftsjahr 1921 ist in Einnahme und Ausgabe auf 55 550 000 ℳ, gegen den des Vorjahres in Höhe von 38 500 000 ℳ festgesetzt. Das sind 17 050 000 ℳ mehr wie im Jahre 1920. Die Beiträge sind mit 42 500 000 ℳ veranschlagt, die Zinserträge mit 6 500 000 ℳ und die Vermögensanlagen mit 5 851 400 Mark. Für Rentenleistungen sind gebucht 40 120 000 ℳ, für Heilverfahren 2 850 000 ℳ, für allgemeine Verwaltung 3 800 000 ℳ.

** **Versteigerung von Heerespferden.** Das Reichswehrministerium gibt bekannt, daß eine Abgabe von Heerespferden zu Abschätzungspreisen nicht mehr stattfindet. Alle durch die Heeresverminderung überzählig werdenden und die dienstunbrauchbar gewordenen Heerespferde werden in Zukunft durch die Truppenteile, Pferdesammelstellen und Remonteämter öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert. Die Versteigerungstermine werden in den Tageszeitungen bekanntgegeben. Nur solche Personen dürfen zu den Versteigerungen zugelassen werden, die sich im Besitz eines Berechtigungsscheines der Landwirtschaftskammer oder des Landrats oder Kreisamtes befinden.

** **Der vierte Vertretertag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener,** der am 13. und 14. November d. Js. in Hannover stattfand, und auf dem 400 Vertreter mit Stimmabgabe von mehr als 2000 Ortsgruppen vertreten waren, gab ein Bild von der mächtigen Bewegung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener. Ein besonderes Interesse hatte die Regierung der Tagung entgegengebracht, da sie offizielle Vertreter entsandte. Der grundlegende Verhandlungspunkt war die Löhnungsfrage, die nun nach sozialem Standpunkte durch die Hilfsausschüsse, in denen bekanntlich hauptsächlich nur ehemalige Kriegsgefangene sitzen, geregelt werden soll. In Anbetracht der finanziellen Notlage des Deutschen Reiches haben die ehemaligen Kriegsgefangenen sich zu diesem Punkte bekannt, ohne aber von dem alten rechtlichen Standpunkt der Löhnungsfrage abzugehen. Der Steuerfrage, Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenfürsorge wurde ein großer Teil der Tagung gewidmet, da diese Punkte die Hauptfaktoren neben der Löhnungsfrage sind. Ferner beschäftigte man sich ausführlich mit den Nochkriegsgefangenen in Frankreich und Sibirien, es wurde eine einstimmig gefaßte Resolution zur Befreiung derselben an den Völkerbund gesandt. Vom Standpunkt der Forderungen, der allmählich zur Zufriedenheit aller Heimkehrer erledigt wird, ist es Aufgabe der Reichsvereinigung, sich allmählich mit den wirtschaftlichen Problemen zu beschäftigen, die zur Gesundung des Vaterlandes, sowie des einzelnen Heimkehrers beitragen sollen.

** **Genehmigung für die Ausübung des Viehhandels.** Zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ist für die Ausübung des Viehhandels eine vom Oberpräsidenten zu erteilende Genehmigung erforderlich. Wird sie versagt, so kann der Antragsteller mündliche Verhandlung vor einem zu diesem Zwecke zu bildenden Kollegium fordern. Dieses besteht ausschließlich des Oberpräsidenten aus fünf Mitgliedern, von denen zwei ernannt und drei gewählt werden. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer, Handels- und Handwerkskammern der Provinz auf die Dauer von drei Jahren. Die Magdeburger Handelskammer schlug nach Verständigung mit den anderen Kammern der Provinz als ordentliches Mitglied Gustav Goldschmidt zu Magdeburg vor und als stellvertretende Mitglieder die Herren Hermann Schwab in Fa. Gebr. Schwab in Halle (Saale), August Bösenberg, Badersleben, Ferd. Gothe, Nordhausen.

** **Die Gefangenen-Fürsorge.** Das Zentral-Komitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz ersucht um Aufnahme folgender Mitteilung: Der Abschluß der eigentlichen Kriegsarbeit des Roten Kreuzes hatte im Oktober die Auflösung der Abteilung für Gefangenen-Fürsorge des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz zur Folge. Der Nachweis in Gefangenen-Angelegenheiten ist ausschließlich an die Zentralstelle des Reiches, Zentral-Nachweise-Amt für Kriegsverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 48, übergegangen. Das materielle Hilfswerk für die noch in Feindesland befindlichen deutschen Gefangenen hat die Nansenhilfe, Berlin W. 62, Schillerstraße 8 übernommen, die im engsten Einvernehmen mit dem **Roten Kreuz arbeitet.**

** **Mindestfahrpreise für Schnellzüge.** Am 1. Dezember sind die bisher für Entfernungen bis 75 Kilometer für Schnellzugsbenutzung festgesetzten Mindestfahrpreise von 51 ℳ in 1. Klasse, 30 ℳ in 2. Klasse und 15 ℳ in 3. Klasse aufgehoben. Es werden bei Benutzung der Schnellzüge für Entfernungen bis 75 Kilometer nur die tarifmäßigen Schnellzugszuschläge von 6 ℳ in 1. und 2. Klasse und 3 ℳ in 3. Klasse erhoben.

** **Wieder Wintersportgeräte im Personenzug.** Die Beförderung von Wintersportgeräten in demselben Zuge wie die Reisenden war bisher ausgeschlossen. Der Reichsverkehrsminister hat soeben eine Verfügung erlassen, nach der die Beförderung dieser Geräte als Gepäck- und Expreßgut im kommenden Winter auf den Reichseisenbahnen wieder zugelassen wird. Sie dürfen auch wieder als Handgepäck in die 3. und 4. Klasse der Personenzüge mitgenommen werden. Die Mitnahme in die 1. und 2. Wagenklasse bleibt nach wie vor ausgeschlossen, ebenso wie überhaupt die Mitnahme in die Schnellzüge. Die Vergünstigung gilt zunächst als ein Versuch.

** **Keine Aufenthaltsbeschränkung im besetzten Gebiete.** Wie ein Frankfurter Mittagsblatt mitteilt, hat die Alliiertenkommission in Koblenz entschieden, daß die vom französischen Militärbefehlshaber im besetzten Gebiet, General Degoutte, getroffene Anordnung, daß sich zureisende Deutsche nicht länger als 20 Tage in französischen Garnisonstädten des besetzten Gebietes aufhalten dürfen, nicht zur Ausführung kommen soll. Es besteht also im besetzten Gebiet nach wie vor keine Aufenthaltsbeschränkung.

** **Anstellungsaussichten bei den Postbehörden.** Das Reichspostministerium schreibt: Die Post- und Telegraphenverwaltung hat eine große Zahl von Beamten aus den abgetretenen Gebieten übernehmen müssen und solche Beamte auch noch weiter unterzubringen. Ferner sind die zahlreichen versorgungsberechtigten und kriegsbeschädigten Personen mit Vorzug zu berücksichtigen. Die Gesuche anderer Bewerber, besonders ausgeschiedener Beamten haben daher keine Aussicht auf Berücksichtigung. Besonderen Wert muß die Verwaltung darauf legen, daß durchaus zuverlässiges Personal eingestellt wird, da jedem Beamten ein hohes Maß von Vertrauen entgegengebracht werden muß. Die Einstellung von Beamten, die sich Eigentumsvergehen haben zuschulden kommen lassen, kommt daher nicht in Frage.

** **Verteilung behördlicher Aufträge.** Durch Zusammenwirken zwischen dem Reichsverband der deutschen Industrie, dem Landesausschuß der preußischen Handelskammern und dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag ist, wie die „Textilwoche“ erfährt, die Preußische Landesauftragsstelle als Selbstverwaltungskörper mit Geschäftssitz in Berlin NW. 7, Universitätstraße 3—6, errichtet worden. Die Stelle hat den Zweck, die Interessen der preußischen Gewerbetreibenden an behördlichen Aufträgen (wie z. B. für den Wiederaufbau in Belgien und Nordfrankreich, Aufträge für Reichspost, Reichseisenbahn und Reichswehr, für preußische Sicherheitswehr) und ihnen gleichstehenden Aufträgen (wie z. B. für den Wiederaufbau der Handelsflotte) zu wahren und im Sinne einer gerechten, der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes entsprechenden Verteilung zu wirken. Die Interessen der preußischen Staatsregierung werden durch den Staatskommissar bei der Preußischen Landesauftragsstelle, Ministerialrat Dr. Posse, wahrgenommen, der seine Geschäftsräume vorläufig im Ministerium für Handel und Gewerbe hat.

** **Paßbestimmungen zur Einreise nach Elsaß-Lothringen.** Vom Verkehrskommissariat Karlsruhe wird bekanntgegeben: Deutsche Reichsangehörige, einschließlich der mit Deutschen verheirateten Elsaß-Lothringerinnen, die nach Elsaß-Lothringen einzureisen wünschen, haben ein Gesuch an das Verkehrskommissariat Karlsruhe (Baden), Schloßbezirk 10, zu richten, die das Erforderliche bei den französischen Stellen veranlaßt. Dem Gesuch ist beizufügen: der deutsche Reisepaß, zwei lose Photographien von gleicher Aufnahme wie diejenige, die im Reisepaß aufgeklebt ist, und zwei eigenhändige Unterschriften auf besonderem Zettel. Kaufleute und Handlungsreisende haben eine Bestätigung ihrer Eigenschaft von der heimatlichen Handelskammer mit dem Gesuch beizufügen. Die Reisen, begründet mit Familienangelegenheiten, werden nur ausnahmsweise erlaubt.

** **Bescheinigung statt Militärpaß.** Zu der Verfügung, wonach Militärpässe weder ausgestellt noch ausgehändigt werden dürfen, wird noch erläuternd bekanntgegeben, daß den Antragstellern zur Aushändigung von Pässen zwecks Vorlegung bei ihren Versicherungsbehörden (Krankenkasse und Versicherungsanstalt) als Nachweis zur Berechnung ihrer Militärzeit bezw. Kriegsteilnahme eine kurze Bescheinigung auszustellen ist. Diese Bescheinigung hat zu enthalten: Name, Datum, Ort und Tag der Geburt, Dienstzeit mit Angabe, ob Feldzugsteilnehmer, eventuell wie lange, und den letzten Truppenteil. Derartige Bescheinigungen können auch auf Verlangen zwecks Geltendmachung vermögensrechtlicher und anderer Ansprüche ausgestellt werden. Auch Antragstellern, die um Ausstellung oder Aushändigung von Militärpässen zwecks Einstellung in Privatbetriebe nachsuchen, sind die vorerwähnten Bescheinigungen gleichfalls auszuhändigen.

** **Leinsamen-Ankauf für den Flachsanbau im Jahre 1921.** Am 1. August 1920 ist die Zwangsbewirtschaftung für deutsche Ölsaaten und damit auch für die Leinsaat aufgehoben worden. Um für die Landwirte, welche bisher keinen Flachs angebaut haben oder nicht im Besitze geeigneter Leinsaat sind, die erforderlichen Mengen sicherzustellen, wird die Deutsche Flachsbau-Gesellschaft m. b. H. gute Leinsaat in beschränktem Umfange aufkaufen. Der Einkaufspreis ist vom Aufkäufer zu erfragen. Vom Kauf ausgeschlossen ist Leinsaat mit mehr als 10 Prozent Beimischungen. Landwirte, welche Leinsaat eigener Ernte, die sie für die Aussaat 1921 nicht gebrauchen, an die Deutsche Flachsbau-Gesellschaft bezw. ihre Aufkäufer verkaufen, können auf Antrag Leinkuchen und Webwaren zu Vorzugspreisen durch die Deutsche Flachsbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 19, geliefert erhalten, und zwar sollen zurückgegeben werden: An Leinkuchen werden 65 Prozent vom Nettogewicht für ungereinigte Leinsaat mit nicht mehr als 10 Prozent Beimischungen zurückgeliefert. (Für 100 Kilogramm Leinsaat 65 Kilogramm Leinkuchen.) Der Preis für den Leinkuchen frei Ankunftswaggon der Verteilungsstelle beträgt vorläufig 1,70 ℳ je Kilogramm. Webwaren werden in Höhe einer Staffel auf Grund der Verfügung der Reichswirtschaftsstelle für Flachs Nr. IX/1. 20 zurückgegeben.

** **Das Kulturamt als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen.** Nach dem Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz gilt auch das Kulturamt als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen im Sinne des § 1 des RSG. Dabei sind aber, wie die ministerielle Ausführungsanweisung II zu den Siedlungsgesetzen hervorhebt, die Kulturämter nicht selbst Unternehmer und finanzielle Träger von Siedlungen, sondern ihre Aufgabe ist lediglich vermittelnder Natur. Die Beschaffung sowohl von Siedlungsland wie die Besiedlung selbst vermitteln sie mit der weittragenden Wirkung, daß durch diese Vermittlung das betreffende Siedlungsvorhaben den Charakter der Gemeinnützigkeit im Sinne der Siedlungsgesetze erhält. Um diese Aufgabe, namentlich auch die Durchführung von Rentengutsbildungen, zu ermöglichen und zu erleichtern, bedarf es auch der Heranziehung geeigneter Privatunternehmer, bei denen außer der allgemeinen Eignung auch die nötigen Garantien in geschäftlicher und finanzieller Hinsicht gegeben sind. Persönlichkeiten, welche den genannten Anforderungen entsprechen und gewillt sind, als Träger der Siedlungsunternehmungen oder auch nur bei der Vermittlung der Landbeschaffung auf die in großem Umfange vorliegenden Siedlungsanträge mit tätig zu sein, wollen sich an das Kulturamt in Naumburg a. S. wenden.

** **Versichert vollwertig!** Vom Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten, Berlin SW. 11, wird uns folgendes geschrieben: Noch immer bestehen Zweifel über die Bedeutung der Versicherungssumme. Vielfach herrscht der Irrtum, daß im Schadenfall der Schaden bis zur Höhe der Versicherungssumme ausbezahlt werden muß. In Wirklichkeit aber hängt die Höhe der Entschädigung davon ab, ob der Gegenstand zu seinem vollen Wert oder ungenügend versichert ist. Wenn ein Gebäude, welches 10 000 ℳ wert ist, nur mit 5000 ℳ versichert ist, so ist jeder einzelne Teil des Gebäudes im gleichen Verhältnis, also nur zur Hälfte versichert. Brennt das Gebäude zur Hälfte ab, so daß ein Schaden von 5000 ℳ entsteht, so beträgt die Entschädigung auch nur die Hälfte der Versicherungssumme, also 2500 ℳ. Daher ist Vollversicherung geboten. Bei den gegenwärtig gestiegenen Preisen reichen die bisherigen Versicherungssummen zur Deckung der jetzigen Werte regelmäßig nicht aus. Es ist daher dringend notwendig, Gebäude wie Mobiliar höher versichern zu lassen. Eine Überversicherung ist selbstverständlich zu verhüten. Sie kostet unnötig Geld und bietet im Schadenfall keinen Vorteil. Maßgebend ist stets der noch vorhandene Wert (Jetztwert). In betrügerischer Absicht erfolgte Überversicherung macht den Versicherungsvertrag nichtig und ist strafbar. Der durch Alter oder Abnutzung verursachte Wertverlust kann niemals durch die Brandversicherung ausgeglichen werden, das ist nicht ihre Aufgabe. Also: Keine Unterversicherung! Keine Überversicherung; aber stets Vollversicherung!

** **Verringerung der Kirchensteuer.** Der Parochialverband Halle weist darauf hin, daß die Kirchensteuer zurzeit 17 Prozent der Staatseinkommensteuer von 1919 beträgt. Bei der Umrechnung des Prozentsatzes im Verhältnis zur Reichseinkommensteuer wird sich zweifellos ein viel geringerer Prozentsatz als der gegenwärtige ergeben. Man nimmt an, daß anstatt der bisherigen 17 Prozent in Zukunft voraussichtlich etwa nur 6 Prozent der Reichseinkommensteuer erhoben werden müssen.

** **Warnung vor dem Deutschen Treubund.** Von der Hauptgeschäftsführung der Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier in Breslau wird uns geschrieben: Neuerdings versendet der Deutsche Treubund in Berlin Werbeschriften, in denen er vorgibt, als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin zur Erhaltung Oberschlesiens nationale Aufklärung in Oberschlesien zu treiben. Die Hauptsache bei diesen Werbeschriften sind die beigefügten Blankozahlkarten. Unterzeichnet sind die Werbeschriften mit „Der Vorstand des Deutschen Treubundes e. V., gez. Zoeller, Generalmajor a. D.“ Es ist bedauerlich, daß sich Persönlichkeiten mit hervorragenden Namen zur Unterzeichnung bereit gefunden haben, und daß durch die Aufforderung und Sammlungen des Deutschen Treubundes Verwirrung angerichtet wird. Wir warnen nachdrücklichst vor dem Deutschen Treubund und seiner Sammeltätigkeit und betonen erneut, daß die einzig zuständige Organisation für die Werbetätigkeit die Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier Breslau 2, Neue Taschenstraße 10, sind, die gemeinsam mit dem Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen, Berlin NW. 52, Schloß Bellevue, die Grenzspende eingeleitet haben und durchführen.

** **Zur Beachtung für Auswanderungswillige.** Wie dem Reichswanderungsamt bekannt geworden ist, werden Arbeiter für Kohlenbergwerke in Pernambuco (Brasilien) durch Agenten angeworben. Dieser Staat ist klimatisch und gesundheitlich für einen dauernden Aufenthalt von Deutschen ungeeignet. Die Verrichtung anstrengender körperlicher Arbeit, zumal in Kohlenbergwerken, in diesem Staate muß für Europäer zu bedenklicher Gesundheitsschädigung führen. Wir nehmen Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß mit dem Städtischen Arbeitsamt in Halle, Salzgrafenstraße 2, eine Nebenstelle des Reichswanderungsamtes verbunden ist, die für den öffentlichen Verkehr von 10 bis 1 Uhr geöffnet ist und auch auf schriftliche Anfrage hin Auskunft erteilt.

** **Verarbeitung von nicht ernährungsgeeigneten Kartoffeln.** Vom Kreiswirtschaftsamt Merseburg wird uns mitgeteilt: Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Trocken-Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft auf Grund des § 2 der Verordnung über Beschränkung der Verarbeitung von Kartoffeln vom 7. September 1920 (RGBl. S. 1642) den Stärkefabriken und Trocknereien die unbeschränkte Verarbeitung von frostbeschädigten, angefaulten oder sonst zur menschlichen Ernährung nicht mehr verwendbaren Kartoffeln gestattet. Vor Verarbeitung dieser Kartoffeln ist jedoch die Genehmigung der Toka einzuholen, die die Erteilung von der Führung des Nachweises, daß die Kartoffeln tatsächlich als Speisekartoffeln nicht mehr verwendbar sind, abhängig macht. Dieser Nachweis kann geführt werden: 1. Durch Besichtigung eines Beamten der Toka oder 2. durch Gutachten eines vereidigten Sachverständigen oder 3. durch eine Bescheinigung des Kommunalverbandes über den schlechten Zustand der Kartoffeln.

** **Die Weihnachtsbäume** sind in den ersten Tagen dieser Woche in großen Massen in unserer Stadt angelangt und sind die Läger voll gefüllt. Am deutlichsten machte sich ihre Ankunft an der Stadtkirche am Markt bemerkbar, wo sie reichlich ausgeboten werden. Die Käufer finden sich schon zahlreich ein.

** **Die 9. Kompanie des Jäger-Regiments 32,** die bekanntlich gänzlich aufgelöst wird, hatte gestern Abend ihre Freunde und Gönner zu einer Abschiedsfeier nach dem Meuschauer „Kaffeehaus“ geladen. Der festlich mit Lorbeerbäumen, Guirlanden und Fähnchen geschmückte Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Feier verlief im Rahmen eines Tanzkränzchens und wurde durch gute humoristische Vorträge ergänzt. Trotzdem lag eine gewisse Schwermut über dem Ganzen. Schon das Bild, das an der der Bühne gegenüberliegenden Wand angebracht war und einen Landesjäger in feldmarschmäßiger Ausrüstung darstellte, der von einem Zivilisten Abschied nimmt mit den Worten: „Wer weiß, ob wir uns wiedersehen!“, war geeignet, an den Ernst der Stunde zu mahnen. Gegen 9 Uhr ergriff Oberleutnant Quittienne, der Kommandeur der 9. Kompanie, das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er erst den versammelten Gästen seinen Dank für das zahlreiche Erscheinen aussprach und dann die Kameraden, die der Entlassung entgegensehen, aufforderte, in allen Lebenslagen den Kopf hoch zu halten, besonders in den ihnen sicher bevorstehenden Kämpfen um eine Lebensstellung. Treue und Aufrichtigkeit auch jetzt zu bewahren, sollten sie sich zur Lebensaufgabe machen; nicht weniger die Pflege des Nationalgefühls, der Liebe zum Vaterlande. Das letztere träfe besonders auf die zu, die jetzt in das von den Franzosen besetzte Gebiet gingen. Der Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hurra auf das deutsche Vaterland, worauf die Versammelten die erste Strophe von „Deutschland, Deutschland über alles“ sangen. — Nach der Ansprache trat der Tanz wieder in seine Rechte und sorgte dafür, daß die augenblicklichen Sorgen wieder verscheucht wurden. — Mit der Polizeistunde erreichte der schöne Abend sein Ende.

** **Aufführungen der Jugend- und Volksbühne.** Am Sonntag und Montag den 5. und 6. Dezember 1920, abends 7½ Uhr, sind Aufführungen der Jugend- und Volksbühne (Dramatische Arbeitsgemeinschaft in Merseburg) unter Leitung von Studienrat Dr. Kaminski im Schloßgartensalon. Zur Aufführung kommen 2 klassische Stücke und ein modernes Märchenspiel. In dem poetischen Gemälde von Franz Grillparzer: Irenens Wiederkehr gibt der Dichter in feierlichen Versen eine Feier der Frühe, des Friedens und der Liebe. Von gewaltiger Wirkung wird auch das 2. Stück, das zur Aufführung gelangt, sein. Es ist dies „Der gehörnte Siegfried“ von Hebbel; das Vorspiel aus seiner Trilogie: die Nibelungen. Den Schluß des Abends soll das Märchenspiel: Riese und Gnom von E. H. Bethge bilden, das Alt und Jung gleichmäßig ergötzen wird. — Am Nachmittag beider Tage finden Kinder- und Jugendvorstellungen statt. (Näheres siehe Anzeige.) Der Besuch dieser Abende kann jedem nur warm empfohlen werden.

** **Die Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“,** die unserer Zeitung an jedem Freitag sonst beigegeben wird, kann aus technischen Gründen diesmal erst der Sonnabendausgabe beigefügt werden, worauf wir unsere Leser hinweisen.

*

Reformbestrebungen im Handwerk.

Der Krieg und seine Folgen haben den genossenschaftlichen Gedanken im Handwerk außerordentlich erstarken lassen. Schon die Kriegsaufträge erforderten leistungsfähige und kreditwürdige Organisationen unter Zusammenfassung der einzelnen Betriebe auf genossenschaftlicher Grundlage. Diese war auch durch die Rohstoffbeschaffung und Verteilung geboten. Neuerdings treten an das Handwerk noch besondere Aufgaben heran, wie die Fragen der Preisbildung, der Absatzregelung, der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitnehmern, der Einschränkung der Arbeitslosigkeit, der Lehrlingshaltung usw. Soweit es sich um rein wirtschaftlich-kaufmännische Erfordernisse handelte, konnte die Form des genossenschaftlichen Zusammenschlusses mehrerer Betriebe genügen, für die übrigen Aufgaben, vor allem für die Rohstoffverteilung bedarf es einer guten geschlossenen Fachorganisation. Die diesjährige Tagung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks in Jena hat ein Reformprogramm aufgestellt, das den neuzeitlichen Erfordernissen Rechnung trägt. Da ist vor allem die Forderung der Zugehörigkeit eines jeden Handwerksbetriebes zu seiner Innung oder dem Fachverein seines Berufes aufgestellt worden. Aber nicht im Sinne alten zünftlerischen Geistes, sondern in dem modernen der Selbstverwaltung. Die fachlichen Organisationen sollen dann von Stufe zu Stufe zu Bezirks-, Landes- und Reichsverbänden zusammengeschlossen werden. In enger Verbindung mit den fachlichen Organisationen sollen die Handwerkskammern ausgestaltet werden. Daneben wünscht man Gesellenkammern, mit denen paritätische Ausschüsse für die Behandlung aller gemeinsamen Angelegenheiten gebildet werden sollen. Der Überbau über allen Handwerkskammern, der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag soll erhalten bleiben, ebenso wie als berufsständische Vertretung aller Handwerksorganisationen einschließlich der Genossenschaften: der Reichsverband des deutschen Handwerks. Diese Reform soll in einem Reichshandwerkergesetz durchgeführt werden. Die demokratischen Handwerkerführer Bartschat, Crüger, Herrmann-Neutlingen und Kniest sind berufen, hier führend mitzuwirken.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201203-15/fragment/page=0002

Steuerfragen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene

In der „Krieger-Zeitung", der amtlichen Wochenschrift des Deutschen Kriegerbundes, werden einige Steuerfragen beantwortet, die für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene von besonderer Bedeutung sind. Wir lassen einen kleineren Abschnitt daraus folgen:

Kommunalsteuer. Durch Reichsgesetz vom 20. August 1920 (RGBl. 178 S. 1599) ist bestimmt worden, daß der § 1 Abs. 1, 2 der Verordnung zur Überleitung der Gesetzgebung im Bereich der Einkommensteuer vom 10. Mai 1920 (RGBl. S. 914) wie folgt geändert ist: Gemeinden (Gemeindeverbände) können Einkommensteuern im Rahmen des Landesrechts noch bis zum 30. September 1920 beschließen, soweit diese Steuern zur Deckung von Umlagen erforderlich sind, die von weiteren Kommunalverbänden zur Befriedigung von Bedürfnissen des Rechnungsjahres 1919 vor dem 1. Juli 1920 beschlossen worden sind.

Einkommensteuer. § 26 des Einkommensteuergesetzes gibt demjenigen Kriegsbeschädigten, namentlich dem Schwerbeschädigten, dessen Einkommen 30 000 M nicht übersteigt, die Möglichkeit zur Beantragung einer Steuererleichterung. Zurzeit ist es nicht ratsam, besondere hierauf bezügliche Anträge an die Finanzämter einzureichen, da solche Anträge voraussichtlich unerledigt bleiben würden. Wer aber eine neue Steuereinschätzung oder Steueranforderung erhält, kann gegen diese das auf ihnen angeführte Rechtsmittel einlegen und hierbei die Steuererleichterung auf Grund des § 26 beantragen. Bedingung ist, daß besondere Verhältnisse vorliegen, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalte mitteloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalte infolge einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau. Die Steuer kann ermäßigt werden um den vollen Betrag, wenn das steuerbare Einkommen 10 000 M nicht übersteigt; um die Hälfte, wenn es 20 000 M nicht übersteigt; um ein Viertel, wenn es 30 000 M nicht übersteigt. Ein kürzlich vom Reichsfinanzministerium an den Bund erblindeter Krieger ergangener Bescheid weist die Kriegsbeschädigten auf diese Vorteile des § 26 hin. Es ist also zu hoffen, daß auch die nachgeordneten Finanzbehörden den Kriegsbeschädigten bei Beantragung von Steuererleichterung entgegenkommen werden.

Reichsnotopfer und Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene. Nach § 9, 5 des Gesetzes über das Reichsnotopfer (RGBl. 252—19, S. 2192) gehören zu dem abgabepflichtigen Vermögen auch die Renten. Der § 10 besagt dann, daß von der Abgabe frei bleiben: die Ansprüche an Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, die Ansprüche aus einer Kranken- oder Unfallversicherung, der Reichsversicherung der gesetzlichen Versicherung der Angestellten, die Renten und ähnlichen Bezüge, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gewährt werden.

Die Renten der Kriegsbeschädigten und der Kriegerhinterbliebenen sind also vom Reichsnotopfer frei.

Im übrigen kann diesem Personenkreise nur der § 27 zugute kommen, in dem es heißt: Übersteigt das steuerbare Vermögen nicht 100 000 M und das Jahreseinkommen nicht 5000 M, so kann dem Abgabepflichtigen auf Antrag die Abgabe ganz oder teilweise zinslos gestundet werden, falls er ohne Gefährdung des Lebensunterhaltes zur Entrichtung der Abgabe nicht imstande ist. Ferner kann einem Abgabepflichtigen die Abgabe ganz oder teilweise zinslos gestundet werden, falls sich bei billiger Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse die Einziehung und Verzinsung als eine besondere Härte erweist. Über den Stundungsantrag, der bei den Finanzämtern anzubringen ist, wird im Beschwerdeverfahren entschieden. Im erstgenannten Falle (Vermögen nicht über 100 000 M) kann die Abgabe ganz oder teilweise erlassen werden, soweit sie auf den Kapitalwert von Renten entfällt. Diese Bestimmung ist von besonderer Bedeutung für viele kleine Rentner, die zum Beispiel auf Grund von Verträgen von ihren Kindern eine Rente beziehen. Solche Rentner können mit Erfolg die Befreiung vom Reichsnotopfer beantragen.

*

Haß oder Versöhnung?

Zu den beliebtesten Rassenhaß schürenden Kampfmitteln gehört das Ankleben von Zetteln beleidigenden Inhalts an den Häusern und Schaufenstern der inneren Stadt. Jugendlicher Fanatismus, der von gewissenlosen Agitatoren aufgepeitscht wird, mag manches entschuldigen. Keine Vorstellung aber haben diese Herren meist von den Wirkungen, die sie durch ihre Taten erzielen. Nachstehend sei der Aufschrei einer solchen gequälten Seele, der in einer auswärtigen Zeitung zu finden ist, veröffentlicht, den sich die nächtlichen Zettelankleber recht zu Herzen nehmen sollten:

Offener Brief an die Herren Zettelkleber!

Schweren Entschlusses beschreite ich den Weg der Öffentlichkeit, um mich einmal mit Ihnen, junge Herren, auseinanderzusetzen. — Ich kannte früher nur Zettelkleber an Litfaßsäulen, die allerdings am Tage ihr Handwerk übten. Eine neue Erscheinung bieten nun Sie, meine Herren, die, ein „Vorbild höchster Pflichterfüllung", selbst die Nacht zu Hilfe nehmen, um dem deutschen Volke wieder in den Sattel zu helfen! — Sie beschmutzen Türen und Fenster mit Unflätigkeiten, die keinem übleren Zweck dienen sollen, als einer geringen Anzahl Juden, wie alle Menschen mehr oder minder gut, die Existenz abzugraben. — Beklagenswerte Verführte, gehen Sie dem schändlichen Gewerbe nach, das Menschen überhaupt betreiben können, lassen Sie sich mißbrauchen als Handlanger von Luden, die für Deutschland zu kämpfen auf ihr Panier geschrieben haben, denen jedoch eine Pöbelhaftigkeit der Gesinnung, eine Feigheit der Kampfesweise und eine Verworfenheit der Ausdrucksform zu Gebote stehen, deren sich der Deutsche in jederlei Gestalt aus tiefster Seele schämen muß! Wann wurde jemals ein solcher Grad von Unsittlichkeit erreicht, der, niemanden und nichts unterscheidend, aus sicherem Versteck seine vergifteten Pfeile sendet und doch die Kühnheit hat, sich ein deutscher Bund zu nennen? — Durch welche Zauberei konnte das Ideal jeglicher, auch Ihrer Kindheit, stets treu, während gerecht zu sein, so rückhaltlos gebrochen werden? Sie kämpfen mit Feigheit und Niedertracht und wollen eins sein mit den hehren Trägern wahren Deutschtums, die die Jahrhunderte erfüllten mit ihrer Tugend, ihrem Geist und ihrem Ruhm? Nicht für mich und mein Haus spreche ich zu Ihnen! Der Ekel einer empörten, gepeinigten Glaubensgemeinschaft ist Stimme geworden aus mir, und nur eins beklage ich: reden zu müssen, wo besser Fanfarenton erschallte, die Gerechten aller Konfessionen um ein großes Leid zu versammeln! Statt im Dunkel der Nacht Gift zu säen, sollten Sie, junge Herren, den Tag nutzen und ohne Einbuße an Schlaf sich in besseren Taten üben, nachdenken lernen, wie man die Menschen zusammenführt! — Sie würden dann auf manchen Juden stoßen, der Sittlichkeit und Vaterlandsliebe genug besitzt, um als durchaus wertvolles Glied am Wiederaufbau der Heimat mitzuwirken! — Vorläufig, junge Herren, sind Sie, im Banne einer finsteren Nacht, weder Deutsche noch wahre Christen! Denn beide stellen, genau wie echtes Judentum, höhere Ansprüche an die Seele des Menschen! Vor allem müßten Sie begreifen lernen, daß aufbauende Arbeit dem Vaterlande mehr diente als Hakenkreuz, Kleben und Briefschreiben. Wieviel besser ließe sich der hochwertige Klebstoff nutzen, den Sie zu verwenden pflegen! — Ich für meinen Teil habe zwar kein Bedürfnis, Ihre Komplimente zu entfernen; ich wünschte, sie wären so wetterfest, daß meine Urenkel noch sehen könnten, mit welchem Straßenpöbel der Urgroßvater dereinst zu kämpfen hatte! Vielleicht, so will ich hoffen, vermögen Sie doch noch mit der eigenen Kraft Ihrer Jugend den Dunkelpfaden zu entrinnen, auf denen der Mensch nur rückwärts schreiten kann. Sonst wird ihre Generation das Schandmal des Hasses auf der Stirn tragend, dereinst vergebens die Stätte in Menschenherzen suchen müssen, die ihre eigene rohe Hand zerschlug. M. B.

Wetterwarte.

W. W. am 4. Dezember (Sonnabend): Nebel, meist trüb, gelinde, etwas Niederschläge. Am 5. Dezember (Sonntag): Nebel, zeitweise vorübergehend aufheiternd, ein wenig kälter, strichweise etwas Niederschläge.

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

Auch in der abgelaufenen Woche fehlte dem Winter die Unterstützung der Frau Holle, sie blieb ohne Schnee. Erst am letzten Tage fiel etwas Niederschlag, aber trotz Kältegrade als Regen. Da in der Höhe des Brockens in der ganzen Woche sehr milde Temperatur herrschte (Temperaturen waren früh +1, +4, +8, +2, +6, +5, —0), so ist der Eintritt von Regen nicht gerade wunderlich. Ergibt sich aus obigen Brocken-Temperaturen für diesen eine Früh-Mitteltemperatur von +3,0 Grad Cels., so hatten die Flachlandstationen ein Mittel von —2,4 Grad Cels., also eine durchschnittliche Wintertemperatur. Die Kälte steigerte sich vereinzelt bis auf 10 Grad. Infolge dieser Kälte trat auf den Flüssen teilweise schon Eisgang ein, der auf der Elbe teilweise stark war. Die mittlere Temperatur für die gesamten Orte aus den Beobachtungen derselben war für 8 Uhr vormittags: Am 24. November —2,7, am 25. —1,9, am 26. —2,7, am 27. —3,4, am 28. —3,6, am 29 —2,7, am 30. November +0,3 Grad Cels. War für die ersten 6 Tage der östliche Hochdruck allein maßgebend, so trat am letzten Tage die Erwartung des westlichen Tiefdrucks mehr in die Erscheinung, was sich durch Steigen der Temperatur bemerkbar machte, das Mittel stieg um 8,0 Grad Cels. Erwähnenswert ist noch die milde Temperatur von Aachen, wo das Wochenmittel +5,1 Grad Cels. betrug. Neblig war es in 20 Proz. der Beobachtungen.

Die Lage ausgedehnten Tiefdrucks im Westen und die Entstehung eines Hochdruckgebietes über Ostbayern lassen zunächst trübes oder nebliges Wetter mit gelinder Temperatur erwarten. Das Vorhandensein des Zentrums des Haupt-Hochdruckgebietes über dem Bottnischen Busen hat in Haparanda erstmalig ernstere Kälte (12 Grad) veranlaßt. Wenn später dasselbe für uns Einfluß erlangt, haben wir wieder auch in Deutschland den Eintritt etwas kälteren Wetters zu erwarten. Für Sonntag dürfte also vorwiegend trockenes, etwas kälteres Wetter bevorstehen.

Vollsitzung der Siedlungskommission der Deutschen demokratischen Partei für den Kreis Merseburg.

Die örtlichen Siedlungskommissionen der Siedlungsgemeinschaften, welche von der Deutschen demokratischen Partei begründet wurden, hielten am Donnerstag den 2. Dezember im Tivoli hier eine Vollsitzung ab. — Zu dieser Sitzung war der Vorsitzende des Kulturamtes Halle, Regierungsrat Wenning anwesend, außerdem als Vertreter des Landratsamtes Regierungsreferendar Dr. Spießbach.

Der Vorsitzende der Siedlungskommission, Zimmermeister Rath-Lauchstedt erteilte nach Begrüßung und Eröffnung der Versammlung dem Parteisekretär Walther das Wort zu kurzen Ausführungen. Dieser legte die Notwendigkeit der Siedlung in unserer engeren Heimat dar. Die Siedlung hat für unsere Heimat insofern eine besondere Bedeutung, als die Proletarisierung in landwirtschaftlichen Kreisen zu befürchten ist. Der Umstand, daß in unserer Heimat reiche Kohlenschätze liegen, ergibt für die industrielle Entwicklung gewisse Vorteile. Beweise dafür liegen vor, da das Kruppwerk bereits verhandelt, um eine Landfläche von 500—1000 Morgen Größe für die Industrie bereit zu stellen. Dieses Land muß notwendigerweise der Landwirtschaft entzogen werden.

Die Grundlagen unserer Arbeit liegen klar. Es handelt sich in erster Linie darum, eine Klärung im geschäftlichen Verkehr mit den Behörden zu bekommen. — Weiterhin ist bekannt, daß der Großgrundbesitz einen Vorstoß gegen das Siedlungsgesetz im Reichswirtschafsrat unternommen hat. Dadurch, daß der Landlieferungsverband versucht, eine Prüfung der Anträge durchzuführen, wird die ganze Siedlungsfrage verschleppt.

Regierungsrat Wenning nahm zu den verschiedenen Fragen Stellung und erläuterte nochmals das Siedlungsgesetz. Insbesondere betonte er, daß sich bei der praktischen Durchführung des Siedlungsgesetzes außerordentliche Schwierigkeiten in den Weg stellen. Eine klare Stellung habe der Landlieferungsverband zu den Fragen nicht eingenommen. Das Landwirtschaftsministerium habe auf verschiedene Anfragen, welche im August vom Kulturamt Halle eingereicht worden sind, überhaupt nicht geantwortet. Die Lösung der Siedlung kann aber trotzdem auf 3 Wegen erfolgen, und zwar: 1. durch Vergleich, 2. Vorkaufsrecht und 3. Enteignung. — Der Weg des Vergleichs ist der empfehlenswerte, weil dadurch die Siedlung am schnellsten herbeigeführt wird. Nicht am Kulturamt liegt die Langwierigkeit der Erledigung der Siedlung, sondern einzig und allein darin, daß das Gesetz unklar ist. — Es bedarf natürlich auch einer intensiven Tätigkeit der Behörden, um praktische Ergebnisse zu erzielen. Das Landeskulturamt Merseburg nimmt in der Frage der Siedlung dieselbe Stellung ein, wie das Kulturamt Halle.

Parteisekretär Walther bemerkte hierauf: Es muß betont werden, daß das Kulturamt Halle, im besonderen Herr Regierungsrat Wenning, das volle Vertrauen der Antragsteller hat. Dagegen muß erkannt werden, daß von seiten des Großgrundbesitzes systematisch gegen das Siedlungsgesetz gekämpft wird und ein großer Teil der Behörden und Regierungsstellen eine Rolle dabei spielt.

Landwirt Schierwagen-Schönewerda wies darauf hin, daß sich die Siedlung nicht nur auf landwirtschaftliche Betriebe erstrecken darf, sondern daß unter allen Umständen die Handwerker und ländlichen Arbeiter und sonstige Berufe bei der Siedlung berücksichtigt werden müssen.

Regierungsrat Wenning erklärte hierauf, daß er die Notwendigkeit dieser Siedlung keinesfalls verkenne, aber um auch hier zu einer entscheidenden Arbeit zu kommen, die alle Kreise befriedigen muß, ist es notwendig, daß das Gesetz in seiner Auswirkung nicht nach den heutigen Paragraphen gewertet wird, sondern daß die zuständigen Stellen erst einmal klare Stellung nehmen.

Landwirt Beyer-Schafstedt betonte zur Preisfrage folgendes: Es muß lächerlich wirken, wenn sich Vertreter des Großgrundbesitzes auf den Standpunkt stellen, die durch Siedlung erworbenen Ländereien sollen mit Gold bezahlt werden. Um einen gesunden Mittelweg zu finden, ist es notwendig, daß die Selbsteinschätzung der Großgrundbesitzer zum Wehrbeitrag 1913 und zum Reichsnotopfer 1919 in Betracht gezogen wird. Denn daraus ergibt sich, daß die Großgrundbesitzer das Land bei der Einschätzung von 1919 nicht höher einschätzten als 1913. Infolgedessen ergibt sich, daß auch für das Siedlungsland nicht mehr gezahlt wird.

Der Vertreter des Landratsamtes Regierungsreferendar Dr. Spießbach erklärte: Von seiten des Landratsamtes wird es begrüßt, daß sich private Kreise mit der Siedlungsangelegenheit beschäftigen, sie können der Unterstützung des Landratsamtes sicher sein.

Parteisekretär Walther sprach in seinem Schlußwort Regierungsrat Wenning nochmals Dank aus für seine Aufklärungen.

Eine den Verhandlungen und Beschwerden entsprechende Entschließung wurde von der Kommission einstimmig angenommen und wird an die Regierung und die Fraktionen der Deutschen demokratischen Partei im Deutschen Reichstag und in der Preußischen Landesversammlung weitergeleitet.

*

ss **Ammendorf**, 3. Dez. Ein Fleischermeister aus Branderode hatte am Dienstag eine Fuhre Heu nach Halle gefahren. Bei der Heimkehr mit dem leeren Wagen scheute am Abend das Pferd vor einem plötzlich aus dem Nebel auftauchenden elektrischen Fernbahnwagen in der Nähe der Haltestelle „Ziegelei". Infolge des Seitensprungs brachen beide Scherbäume und rissen die Zugstränge. Das freigewordene Tier trabte in der Richtung Planena der Aue zu, konnte aber des Nebels wegen von seinem Besitzer nicht aufgefunden werden. Mittwoch vormittag fand man es an der Elster, Beesen gegenüber, und konnte es dem Eigentümer zugeführt werden.

§ **Schkeuditz**, 2. Dez. Wie mitgeteilt wird, können Beerdigungen an Sonntagen weiterhin stattfinden, allerdings ist dann ein Zuschlag von 100 Prozent zu den festgesetzten Gebühren zu zahlen. Zwar hatten die kirchlichen Körperschaften beschlossen, daß an Sonntagen Beerdigungen nicht mehr stattfinden sollen, unter der Voraussetzung, daß der Magistrat diesem Beschluß beitreten werde. Der Magistrat ist erfreulicherweise anderer Meinung gewesen, denn er hat seine Zustimmung nicht dazu geben können, daß an Sonntagen, den 1. und 2. Feiertagen der drei hohen Feste Ostern, Pfingsten und Weihnachten Beerdigungen auf dem städtischen Friedhofsteil nicht mehr stattfinden sollen. Er erklärt sich aber mit der eingangs erwähnten Erhöhung der Gebühr einverstanden.

g. **Aus der Elsteraue**, 2. Dez. Das Schlagen des Nutz- und Brennholzes in den fiskalischen Waldungen hat begonnen. Im Unterforst Raßnitz schließt sich der Holzschlag an den vorjährigen an und im Unterforst Burgliebenau wird er im Wallholz zwischen Lochau und Burgliebenau fortgesetzt. Eine Kahlhiebstelle ist jedoch nicht vorgesehen, es findet vielmehr nur ein Durchläutern statt. Im Burgliebenauer Revier werden unmittelbar hinter der Ortspfarre eine Anzahl Hochstämme gefällt und außerdem sollen bei Döllnitz die großen Pappeln, von denen verschiedene bis 5 fm. Inhalt aufweisen, unter der Art der Holzhauer fallen. Es wird daher diesmal im Burgliebenauer Revier ein größerer Posten Holz als im Raßnitzer geschlagen werden. Die Arbeiten werden eifrig betrieben.

*

Die Maul- und Klauenseuche im Kreise Merseburg ist neuerdings in weiteren 2 Gehöften in den Orten Meuschau und Bündorf festgestellt worden, die zu Sperrbezirken erklärt wurden.

Erloschen ist die Seuche neuerdings in weiteren 17 Gehöften in den Orten Blösien, Keuschberg, Schlechtewitz, Wehlitz, Raßnitz, Zöschen, Kitzen, Meyhen, Thesau und Rittergut Kölzen. Alle Gehöfte sind namentlich aufgeführt in dem letzten Amtsblatt für den Kreis Merseburg, das dieser Zeitung beigelegen hat.

*

Die Erzeugungskosten der Kartoffeln.

Wir hatten Ausgang Oktober und Anfang November d. J. zwei Berechnungen von Landwirten über die Erzeugungskosten von Kartoffeln in unserer Zeitung veröffentlicht, die aus dem Saalkreise stammten. In Ergänzung hierzu sendet uns ein Landwirt aus unserem Leserkreise und aus dem südöstlichen Teile des Kreises Merseburg folgende Berechnung seiner eigenen Erzeugungskosten für Kartoffeln:

Zu einer Kartoffelernte auf einen Hektar Land machen sich folgende Auslagen notwendig: 1. neun Tage Geschirrarbeit, setzen sich zusammen aus 1 Tag Stoppelpflügen, 4 Tage Düngerfahren, 2 Tage Dünger unterpflügen, 1 Tag Eggen usw., 1 Tag Kartoffeln decken, zusammen 9 Tage, à 170 M = 1560 M; 2. Saatkartoffeln 48 Zentner, pro Zentner 30 M = 1440 M; 3. Dünger 600 M; 4. Dungarbeiten 3 Personen, ein Tag pro Person 30 M = 90 M; 5. Auslagen 4 Personen, 1 Tag pro Person 30 M = 120 M; 6. Arbeitslohn für Jäten (Frauenarbeit), zwei Tage, 80 M; 7. ein Tag Geschirrarbeiten, Bodenlockern usw. 160 M; 8. Ernten der Kartoffeln 20 Personen, ein Tag Frauenarbeit, pro Person 20 M = 400 M; 9. Einfahren und Einwintern der Kartoffeln 500 M; 10. Abnutzung der Werkzeuge 200 M; 11. Wert des Ackers 300 M, 10 Prozent Rente 300 M; 12. 10 Prozent Verdienst (Anrechnung für geistige Arbeit des Landwirts) 396 M. Insgesamt 6136 M. Geerntet werden im Durchschnitt 280 Zentner pro Hektar. Demnach kostet ein Zentner Kartoffeln 21,90 M. Für ausgelesene Eßkartoffeln müssen wir einen Zuschlag von 20 Prozent rechnen, das ergibt einen Preis von 26,40 M. Das müßte der Höchstpreis für Herbstkartoffeln sein. Zum Frühjahr kommt zu diesem Preis ein Zuschlag von 20 Prozent für Verlust durch Fäulnis und Gewichtsschwund. Dies würde einen Preis von 31,70 M ergeben. Dabei muß erwähnt werden, daß der Ertrag bei weitem nicht überall zu verzeichnen ist und durch die allgemeinen Diebstähle ein großer Ausfall für den Erzeuger entsteht.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Querfurt**, 3. Dez. Unfall mit tödlichem Ausgang. Dem Arbeiter S. aus Thaldorf fiel am 22. November ein Körnchen Flugasche ins Auge, welches sich entzündete. Jetzt ist S. in einer Klinik in Halle an Blutvergiftung verstorben. — Verbrüht. Einer Arbeiterin fiel in einer Zuckerfabrik ein Eimer siedendes Wasser über die Füße. Sie trug schwere Brandwunden davon.

Turnen — Spiel — Sport.

⇧ **Turn- und Sportverein Neu-Rössen** fährt Sonntag nach Kötzschen und trägt daselbst um 1 Uhr das Rückspiel gegen die II. Mannschaft des F.-C. Vorwärts aus. Auf das Ergebnis kann man gespannt sein, da das erste Spiel mit einem Torverhältnis von 2:2 endete. Rössen scheint an Spielstärke zugenommen zu haben, da erst ihr letztes Spiel gegen Wacker-Halle dies wieder bewiesen hat und dürfte die junge Mannschaft noch manchem spielstarken Gegner den Sieg streitig machen. — Die Jugendmannschaft steht um 11 Uhr vorm. der II. Jugend von Preußen-Merseburg im Verbandsspiel auf dem Rössener Platze gegenüber.

⇧ **Das Schachturnier des Saaleschachbundes in Halle**, veranstaltet vom Halleschen Schachklub, nahm einen sehr befriedigenden Verlauf. Von nah und fern, aus Halle, aus der ganzen Provinz Sachsen und Anhalt waren an beiden Tagen an 300 Personen zusammengekommen. Im Hauptturnier A siegten die Herren Becker (Stützerbach), Marr (Dessau) und Richter (Oleschno); an zweiter Stelle: Reich (Sandersdorf), Müller, Heilbronner, Mondag (Erfurt); im Hauptturnier B: Nagel, Pulhain, Lesser (Dessau); an zweiter Stelle: Steckner, Thiele, Knoblauch. Im Nebenturnier I fielen die Preise an die Herren Dagne (Merseburg), Haase (Erfurt), Lilie, Harnse, Parthy (Weißenfels), Rosenhahn (Bernburg), Welchert (Thale), Kloß und Fräulein Pannier (Weißenfels). Am ersten Tage spielte Schachmeister Mieses in einer Blindenspielvorführung gegen sechs Herren des Halleschen Schachklubs gleichzeitig. Diese gewaltige Geistesarbeit fand den lebhaftesten Beifall der sehr zahlreichen Zuschauer, die immer wieder ihrer staunenden Bewunderung Ausdruck gaben. Der Meister gewann in 4½ Stunden vier Partien, verlor eine gegen Herrn Nagel und machte unentschieden gegen Herrn Rummel.

Vermischte Nachrichten.

Räuber plündern die Stationskasse in Weidenau.

Essen (Ruhr), 3. Dezember. Wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg." aus Weidenau a. d. Sieg meldet, drangen gestern nachmittag vermummte Räuber mit Revolvern in das Stationsgebäude ein und raubten unter Androhung des Erschießens die Stationskasse. Es fielen ihnen 300 000 M in die Hände. Bisher hat man noch keine Spur von den Räubern entdecken können.

* **40 Millionen Mark Schaden durch den Brand des Schlosses Burg.** Der gesamte Materialschaden bei dem Brande des Schlosses Burg an der Wupper beläuft sich auf 40 Millionen Mark, nicht gerechnet der ideale, nicht zu ersetzende Wert der vernichteten Schätze des ausgebrannten Bergischen Museums.

* **Selbstmord im Zuge.** In einem Abteil 2. Klasse des mittags gegen 1 Uhr von Schwerte nach Hamm fahrenden Personenzuges hat sich unweit des Ostberger Tunnels der 35 Jahre alte Emil Vogt aus Barmen erschossen. Die Leiche wurde in Unna ausgeladen. Was Vogt zu der Tat veranlaßt hat, bedarf noch der Aufklärung.

* **Eine deutsche Mittelschule in Helsingfors.** Mit einer einfachen aber herzlichen Feierlichkeit wurde in Helsingfors eine deutsche Mittelschule eröffnet, die sich auf einem zwei Jahreskurse umfassenden Kindergarten und drei Klassen der schon bestehenden Elementar- und Vorschule aufbauen und 8 Klassen umfassen soll. Die ersten 8 Klassen sind jetzt eröffnet worden. Bei der Feier in der Kirche, der auch die vor ihrer Heimreise stehenden deutschen Schulkinder, Studenten und Schwestern beiwohnten, sprach als Vertreter der deutschen Vereine Pastor Israel von der Aufgabe des deutschen Volkes, in Fichtes Geist die Kräfte des Krieges durch die Kräfte des Geistes zu ersetzen. Der Leiter der Schule, Stude, gab einen Überblick über ihr Programm, Vertreter der deutschen Gesellschaft und der Gesandtschaft wie auch des deutsch-finnischen Vereins und der Helsingforser Finnischen Gesellschaft folgten mit herzlichen Ansprachen.

* **Katzenmusik gegen Kritik.** Bei einer „Lohengrin"-Aufführung demonstrierte das Frankfurter Opernhausorchester gegen den bekannten Musikkritiker der „Frankfurter Zeitung" Paul Bekker. Als nach der großen Pause der Vorhang wieder hochgehen sollte, veranstaltete das Orchester auf seinen Instrumenten eine Katzenmusik, und aus der Tiefe des Orchesterraumes tönten gegen Bekker Zurufe. Veranlaßt wurde der Vorfall durch eine an dem neuen Opernhauskapellmeister Eugen Szenkar geübte Kritik Bekkers. Es ist das ja unzweifelhaft das geeignetste Mittel, um einen Kritiker von dem künstlerischen Wert der kritisierten Leistung zu überzeugen.

* **Schwindel mit Bildervergrößerungen.** Von der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck wird uns folgende Warnung zugesandt: In der letzten Zeit häufen sich die Klagen über den Schwindel mit Bildervergrößerungen. Derselbe wird in folgender Weise betrieben: Ein Reisender der Firma kommt mit einer guten Bildervergrößerung, und beschwatzt meist die Frauen zur Unterschrift des Vertrages, der auf den ersten Blick die Vermutung aufkommen läßt, daß das vergrößerte Bild nur 12 M koste. Dies ist zwar richtig, doch handelt es sich dabei nur um eine sogenannte vollkommen unbrauchbare Rohvergrößerung. In dem Vertrage verpflichtet sich aber der Betreffende zugleich zu einer Ausmalung, die mindestens 48 M kostet, und bei der billigen Ausmalung zur Abnahme eines Rahmens, der nochmals etwa 100 M kostet. Nach einiger Zeit kommt dann ein zweiter Reisender und nimmt die Bestellung für das fertige Bild entgegen, und zeigt dabei die Rohvergrößerung vor. Je weniger ansprechend diese ist, zu um so besserer Ausfertigung des Fertigbildes ist der Besteller geneigt, zumal ihm die Wunder eines solchen gerühmt werden. Wenn dann schließlich das Bild fertig ist, so beträgt die Rechnung weit über 150 M. Es wird demnach dringend vor diesen Reisenden gewarnt. Wer eine Vergrößerung eines Bildes anfertigen lassen will, der begebe sich zu einem guten Photographen am Ort oder in der nächsten Stadt.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner, für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 38.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201203-15/fragment/page=0003
DFG

Ca. 18000 Paar Billige Strümpfe

in **nur guten Qualitäten,** bringen wir ab Sonnabend, den 4. Dezember, zu **erstaunlich niedrigen Preisen** zum Verkauf.

Ein guter **Strumpf** das beliebteste **Weihnachts-Geschenk!**

Damenstrumpf Baumwolle schwarz, verstärkte Ferse und Spitze	8 75	**Damenstrumpf** Baumwolle, schwarz, starkfädig gewebt	9 75
Damenstrumpf schwarz verstärkt	10 75	**Damenstrumpf** schwarz und weiss, Doppelsohle und Hochferse	12 75
Damenstrumpf schwarz, leder, ochsblut, goldkäfer, grau, Doppelsohle und Hochferse	14 75	**Frauenstrumpf** schwarz, starkfädig, 1/4 gestrickt	14 50
Damenstrumpf schwarz Woll-Ersatz	17 75	**Damenstrumpf** schwarz mit gestickt. Zwickel Doppelsohle und Hochferse	16 75

Damenflorstrumpf schwarz, Doppelsohle und Hochferse	19 75	**Herrensocke** in allen modernen Farben Paar	7 75
Florstrumpf schwarz, weiss, leder, grau, Doppelsohle und Hochferse	21 75	**Herrensocke** starkfädig Paar	8 75
Florstrumpf elegantes, klares Gewebe, kräftig verstärkt	23 75	**Herrensocke** Wolle, grau, starkfädig Paar	9 75
Füsslinge schwarz Paar	3 95	**Kinder-Strümpfe** schwarz und leder in grösster Auswahl.	

Prüfen Sie unser Angebot! Beachten Sie unsere Spezial-Auslagen!

Brummer & Benjamin, Halle a. S.

Grosse Ulrichstrasse 22–24.

Landwirte! Gewerbetreibende!

Die **Steuer-Aufklärungs- u. Buchführungskurse** finden statt in **Spergau** für Spergau und in **Wengelsdorf** für Wengelsdorf, Kratzlau, Leuna, Besta, Groß- u. Klein-Goddula.

Die Interessenten aus Spergau werden gebeten, sich im **Gasthaus Arno Winkler, Spergau, am Sonntag, den 5. Dezember 1920, nachmittags 3 Uhr** einzufinden zu einer Besprechung.

Bücher-Revisions-Büro f. Handel u. Gewerbe
Abteilung B, Landwirtschaft.

Leipzig · München · Erfurt · Coburg · Zwickau · Zittau.
Zweigstelle Lützen. Kursusleiter: Lehrer M. Stecher, Lützen.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem 4. Dezember eröffne ich in dem Grundstück Clobikauer Straße 36 (Passage Rittersicher Plan) ein

Kolonialwaren- und Lebensmittel-Geschäft.

Ich bitte die verehrten Anwohner, mich in meinem Unternehmen durch regen Zuspruch zu unterstützen.

Für gute Ware und reelle Bedienung werde ich Sorge tragen.

Paul Hoffmann.

DAS NEUESTE

Unsere Preise sind niedrig!

Weil wir zur günstigen Zeit große Abschlüsse für unsere vier Geschäfte gemacht haben.

Unsere Waren sind gut!

Weil uns eine 50jährige Geschäfts-Erfahrung bei unseren Einkäufen zur Seite steht.

Ulster	neue Farben, mollige Stoffe mit kar. Abseite 675.- 425.-	**253.–**
Paletots	dauerhafte Stoffe, gut verarbeitet, mit Samtkragen 765.– 619.–	**457.–**
Raglans	neueste Form., mod. Farben, woll. Flauschstoffe 1070.– 875.–	**625.–**
Anzüge	tragfähige Stoffe, in allen modernen Farben 900.– 652.–	**597.–**
Sportanzüge	mit aufgesetzten Tasch., Gurt u. Falt 900.-950.-	**542.–**

Der Sport-Schal!

Die große Mode!

Wollener Schal	farbige Streifen u. Kameelhaar 140 cm lg	**38.–**
K'seidener Schal	schw.-weiß-bunt, 100 cm lang	**36.–**

S. WEISS

Kl. Ritterstr. 16.

G. Hoffmann, Merseburg

Markt 19 Inh.: Bernh. Taitza **Tel. 464**

empfiehlt zu passenden

Weihnachts-Geschenken:

Elegante weiße und farbige **Zier-, Träger- u. Blusenschürzen** Gr. Sortiment besonders schöner und preiswerter **Wirtschafts- und Hausschürzen**

Große Auswahl in **Unterwäsche, Normal-Hemden, Jacken und Hosen, Strümpfen, Socken.**

Macco-Hemden und Hosen, Einsatzhemden, gute Qualitäten, **Kinder-Unterwäsche** in großer, preiswerter Auswahl.

Jagdwesten in guten Qualitäten, **Sweaters, Rodelmützen, Blusenschoner.**

Schwarze, weiße, farbige **Trikot- und gestr. Gamaschen.**

Reformbeinkleider, Brustschützer, Plaids, Damenwesten.

Untertaillen in Wolle, weiß, farbig, Baumwolle und Batist.

Damen-Strümpfe, Kinder-Strümpfe in Wolle, Baumwolle, Flor, weiß, schwarz, farbig.

Winter-Handschuhe gestrickt, gewebt, gefüttert, imit. Leder, schwarz, weiß, farbig.

Spitzenkragen, Rüschen, Schleier, Brautschleier, abgepasste.

Ball-Handschuhe, Jabots, Haarschleifenbänder, Taschentücher, Ballfächer, Lautenbänder, Ledergürtel, moderne Farben.

In **Korsetts und Kinderleibchen** führe nur guitzitzende und bewährte Formen und unterhalte darin ein sehr großes gut sortiertes Lager modernster Fassons. Vollständiger Ersatz für Maß.

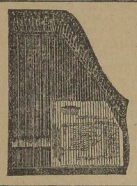
Großes Lager sehr preiswerter **Erstlings-Artikel.**

Größte Auswahl. **Kragenschoner, Shawls, Krawatten, Hosenträger, Herren-Einsatzhemden, Oberhemden, weiss u. farbig, Herren-Wäsche, Kragen, Manschetten, Serviteurs.** Gute Qualitäten.

Nähbeutel, Nähkästen, gefüllt und leer, von der billigsten bis zur elegantesten Ausführung.

Fertige Tapisserie-arbeiten in **grösster und bester Auswahl.**

Neuheit! Neuheit!



Triola-Mandolinenzither

mit Notenrollen, spielbar zum Drehen.
Ständige Vorführung.

Musik-Haus Alfred Becher

Schmale Straße 2, an der Geisel
Desgl. alle Musikinstrumente, Saiten und Bestandteile in großer Auswahl.
Reparaturen in eigener Werkstatt.

Teichers Möbelhaus

Halle, Untere Große Steinstraße 82, 1 Tr.,
empfiehlt billige Schlafzimmer mit echtem Marmor und Spiegel, Wohn- und Speisezimmer in Eiche und Nußbaum, Küchen, Plüschsofas, Bettstellen mit Drellmatratzen, Schränke sowie verschiedene gebrauchte Möbel.

Keine teure Ladenmiete, daher äußerst preiswert!!!

Einige alte und neue **Puppen z. verkaufen.** Auch Puppen zum Ankleiden werden angenommen. Weißenfelser Str. 7, 1 Tr.

Schlittschuhe werden schnell geschliffen bei Gustav Engel Sohne

---

Von Sonntag, den 5. d. M. ab steht in sehr großer Auswahl

prima **ostfriesisches Milchvieh**

gute frischmilchende Kühe mit Kälbern, junge hochtragende Kühe und Färsen, darunter gute Zugkühe, sowie auch schöne Zugbullen bei mir zum Verkauf. Empfehle selbige preiswert

H. Heydenreich, Crumpa b. Mücheln.

Telephon 39. — Telephon 39.

Blutstockungen.

Frauen finden selbst in den hartnäckigsten Fällen von Blutstockung schnelle Hilfe durch neues, von medizinischem Fachmann hergestelltes, verblüffend wirkendes Spezialmittel. Diskreter Versand gegen Voreinsendung von 28 Mk.

E. Cassebaum, Göttingen, Weender Landstr. 88.

Kleine Anzeigen

finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

In großer Auswahl fertig am Lager:

Loden-Joppen ein- u. zweireihige Façon mit warmem Futter . . . **M. 275,–**

Manchesterhosen schwere Qualität . . . . . **M. 180,–**

in Breechesform für Gamaschen zu tragen . . . . . **M. 225,–**

Frz. Hildebrandt, Kleine Ritterstraße 13.

Die Zahnpflege nach zahnärztlicher Vorschrift:

Zahnpulver Zahnpasta Nr. 23 * nur echt mit * Namenszug Zahnarzt P. Bahr

Blendend weiße, schöne, gesunde Zähne!

In Merseburg in der Drogerie R. Kupper.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201203-15/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 274. Freitag den 3. Dezember 1920. 47. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Dez.

Fortsetzung der zweiten Beratung des
Reichswirtschaftshaushalts.

Abg. Simon-Franken (U. S.) betont, sein Fraktionsgenosse Jaeckel habe einen gewissen Überfluß an Kohlen in Paris nicht bestreiten wollen. Gestützt auf Angaben aus französischen Arbeiterkreisen haben wir nur behauptet, daß im übrigen in Frankreich großer Kohlenmangel herrscht. Daß man hier noch den Mut gehabt, für den freien Handel einzutreten, trotz der bösen Erfahrungen mit den Preissteigerungen nimmt einfach Wunder. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat geradezu ruinös gewirkt. Herr Abg. Hugo hat am wenigsten Anlaß, hier den Mund aufzutun. Er hat sich laut einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes" 50 000 M vom Lederfabrikanten-Verband für Propaganda auszahlen lassen und dabei sein Verdienst um die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder ausdrücklich betont. Diese 50 000 M stammen aus dem Fonds der Reichsleder-Handelsgesellschaft und waren dazu bestimmt, den Preis für das Schuhwerk herabzusetzen. Auch scheint sich das Reichswirtschaftsministerium zu einem Ort der Reaktion auszuwachsen, wie die Einstellung zahlreicher Adeliger beweist. Auch für den Wasserschutz an der Nordsee sind nicht etwa arbeitslose Seeleute herangezogen worden, sondern die reaktionären ehemaligen Ehrhardt-Truppen, und das macht ein Mann, der uns als Fachminister empfohlen worden ist. Nur die Sozialisierung kann uns noch helfen, und da will man die Sozialisierungskommission auflösen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr vertrösten.

Abg. Dierenreiter (Bay. Vpt.) verlangt Auskunft, wie es mit der Benzin- und Benzolwirtschaft steht, betont die Knappheit der Vorräte und klagt über die hohen Preise. Gegen die Monopolstellung der Elektrizitäts-Gesellschaft muß der Minister einschreiten. Die Interessen der Verbraucher müssen unter allen anderen Rücksichten vorangehen.

Abg. Hamm (Dem.): Die Valuta können wir nur stabilisieren, wenn wir unsere Produktionsarbeit steigern, Sparsamkeit üben und von den Kriegslasten nicht erdrückt werden. Wir sehen ja tagtäglich, wie unsere Industrie unter dem Kohlenmangel leidet und speziell Bayern hat Grund zur Klage. Süddeutschland verlangt deshalb eine größere Wirtschaftlichkeit des Transportwesens. Die Zwangswirtschaft ist zweifellos an sich notwendig gewesen. Die Mängel, die ihr vielfach anhafteten, waren in der ganzen Unvorbereitung in erster Linie begründet. Stellenweise hat sie auch Erfolge erzielt, namentlich auch bei der Kommunalverwaltung, trotzdem ist sie überlebt. Frei sind wir deshalb aber noch nicht geworden, wir hängen vom Weltmarkt ab. Das Reichswirtschaftsministerium muß eine Stelle schaffen, die ihre Beobachtungen anstellt, zur gegebenen Zeit eingreift und auch die Preisbildung beaufsichtigt. Redner begründet sodann den von seinem Fraktionsgenossen Bartschat eingebrachten Antrag, daß der Reichswirtschaftsminister sich in enger Verbindung mit dem Handwerk und Gewerbe die ständige Mitarbeit eines sachkundigen Mannes aus den Kreisen des Handwerks und Gewerbes sichern soll. Desgleichen begründet er seinen eigenen Antrag auf Minderung der Lieferungsmenge zum Kohlenabkommen von Spa, Änderung der Lieferungssorten und andere Transportregelungen. Dem sozialdemokratischen Zusatzantrag, daß die neu zu schaffende Stelle, die einen Überblick über alle erforderlichen Beschaffungen des Reiches erhalten soll, auch die Aufträge zu vergeben haben soll, kann ich nicht zustimmen. Hierin würde ich die Gefahr einer zu großen Zentralisation sehen.

Reichswirtschaftsminister Scholz:

Die Behauptung, daß der Abg. Hugo aus den Aktien der Reichslederstelle 50 000 M bekommen habe, stimmt nicht. Vielleicht handelt es sich um die Reichsleder-Handelsgesellschaft oder die Leder-Großhandelsgesellschaft, alles Privatunternehmen, deren letzter Abg. Hugo als Syndikus angehört. Eine Reichsstelle ist daran jedenfalls nicht beteiligt. Er habe bereits im Ausschuß dargelegt, daß auf nahezu 600 Angestellte seines Ministeriums nur insgesamt 15 Adelige entfielen. Die Anregung, die Sozialisierungskommission aufzulösen, sei vom Wirtschaftsrat ausgegangen, er habe demgegenüber erklärt, daß er dieser Anregung nicht ohne weiteres willfahren könne. Den Antrag Bartschat verstehe er nicht, da er nicht glaube, daß er ohne Vermehrung der Beamtenzahl durchführbar sein werde. Der Antrag Trimborn entspricht den Grundsätzen des Reichswirtschaftsministeriums, wie den Interessen der Länder. Der sozialdemokratische Zusatzantrag erscheint mir dagegen bedenklich.

Abg. Dr. Rießer (D. Vpt.): Der Abg. Simon hat keinen Beweis dafür erbracht, daß die Produktion unter dem freien Handel gelitten habe. Das Gegenteil ist der Fall. Redner protestiert gegen die ungeheuren Angriffe auf den Abg. Hugo, der wegen seiner Abwesenheit sich nicht wehren könne.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) tritt für Gleichberechtigung der Frauen in den berufsständischen Organen ein.

Abg. Dr. Braun (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, daß die geplante Stelle auch die Aufträge des Reiches zu vergeben hat.

Abg. Simon (U. S.): Jedenfalls habe Abg. Hugo bislang nicht bestritten, daß er die 50 000 M als Prämie für die Aufhebung der Zwangswirtschaft erhalten habe und das sei der Kernpunkt.

Damit schließt die Generaldebatte.

Die Abstimmungen sollen erst bei der dritten Lesung erfolgen. Die Annahme der einzelnen Kapitel erfolgt ohne wesentliche Debatte.

Bei dem Posten Sozialisierungskommission erinnern die Abg. Hoch (Soz.) und Dr. Hertz (U. S.) an die Sozialisierungsfrage. Mit Angliederung der Sozialisierungskommission an den Wirtschaftsrat sei die Frage der Sozialisierung nicht erledigt, der Reichswirtschaftsrat habe aber noch keine positive Arbeit geleistet.

Reichswirtschaftsminister Scholz betont nochmals, daß die Anregung der Angliederung der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsrat aus dem Ausschuß stamme. Er selbst habe wiederholt erklärt, daß er vor Entscheidung der Frage die Sozialisierungskommission selbst hören wolle.

Bei dem Kapitel Ausschuß für Prüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften bespricht Abg. Krätzig (Soz.) die Tätigkeit dieses Ausschusses. Der Ausschuß habe vor allem die Aufgabe, den zahlreichen Prozessen zwischen den Kriegsgesellschaften vorzubeugen und dem Reich dadurch Millionen zu ersparen, da fragt es sich, ob der Ausschuß überhaupt das Entscheidungsrecht habe. Jedenfalls sind wir gegen jede Liquidation der Kriegsgesellschaften.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Montag den 6. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vertagt. (Schluß 4½ Uhr.)

*

Die Hebung der Wohnungsnot

wurde gestern im Wohnungsausschuß des Reichstages weiter besprochen. Man war sich darüber einig, daß Mittel bis Weihnachten in Aussicht gestellt werden müssen. Zweifelhaft war man nur über den Weg, ob durch eine Mietssteuer oder durch Ausgabe von Heimstättendarlehnskassenscheinen. Damaschke, der vom Ausschuß eingeladen war und mit seinem Sekretär Luban erschienen war, entwickelte und verteidigte den zweiten Plan.

Verschärfte Strafen gegen Schleichhandel und Preiswucher.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde das Gesetz über verschärfte Strafen gegen Schleichhandel und Preiswucher in seinem grundlegenden § 1 mit allen Stimmen gegen diejenigen der Unabhängigen Sozialdemokraten beider Richtungen angenommen. Der demokratische Abg. Waldstein beantragte, Gast- und Schankwirte als Verbraucher im Sinne des Gesetzes zu behandeln. Der Antrag wurde zurückgestellt und die Beschlußfassung über ihn vertagt.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 2. Dez.

Zur ersten Lesung eines Nachtragetats von 15 358 000 M für die Polizei Groß-Berlins spricht sich Abg. Ludwig (U. S.) gegen die Forderung aus, worauf Heilmann (Soz.) darauf hinweist, daß die heutige Haltung der U. S. im schroffen Gegensatz stehe zu den Ausführungen Paul Hoffmanns in der Kommission. Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

In der hierauf fortgesetzten zweiten Lesung des
Haushalts des Ministeriums des Innern
weist Lüdicke (D. N.) darauf hin, daß für den Winter die Gefahr sehr groß sei, daß Hungerkrawalle erfolgen könnten. Redner tritt im übrigen für die Orgesch ein, da sie unentbehrlich sei, um die für Preußen nötige Ordnung zu schaffen. Der Redner erörtert weiterhin die Zwangsbeurlaubng vieler Landräte und Regierungspräsidenten und fragt, ob diese Fälle etwa mit dem Kapp-Putsch in Verbindung zu bringen seien. Das Beschwerderecht werde den Betreffenden einfach abgeschnitten. Die Regierung scheine selbst nicht recht zu wissen, was sie will. Die notwendigen Polizeibeamten werden seine Partei genehmigen, sie hege aber Bedenken gegen die Organisation und Befugnisse der Polizei. Redner schließt, das Preußen Bismarcks und Hindenburgs ist unser Vaterland. (Beifall.)

Minister Severing:

Der Vorredner hat seine Angriffe auf Gerüchte aufgebaut. Die Beschuldgung, daß ich mein Amt parteiisch führe, muß ich entschieden zurückweisen. Die Entwaffnung aller Volkskreise muß erfolgen rechts wie links. Die Arbeiter haben recht, besonders nach dem Kapp-Putsch, wenn sie die Waffen nicht eher niederlegen wollen, als bis sie Gewißheit haben, daß die Republik gesichert ist. Die Ordnung in Preußen wird hergestellt durch den Volkswillen, nicht durch die Orgesch. Bayern folgt entweder den Franzosen und hat dann Toleranz seiner eignen Einrichtungen, oder es besinnt sich auf seine Stellung als ein Glied des Deutschen Reiches. Das Autonomiegesetz kommt bestimmt noch vor Abschluß der Landesversammlung. Es soll jetzt auch gegen renitente Beamte vorgegangen werden, um die Getreideablieferung durchzusetzen. In Sachen der Berliner Betriebshotelgesellschaft wird der Beamte, der für das häßliche Mißverständnis verantwortlich ist, entlassen werden. Die Technische Nothilfe hätte bei einem allgemeinen Streik bei weitem nicht ausgereicht, inzwischen aber ist diese Waffe verstärkt worden. Auf Grund der Anschuldigungen in der Presse kann ich keinen Beamten entlassen. Daß die Katholiken bei Besetzung der Landratsämter und sonstigen Stellen nicht genügend berücksichtigt werden, trifft nicht zu. Tatsachen beweisen das Gegenteil. Die Etatisierung der Polizei sollte möglichst schnell erfolgen, Disziplin und Zuverlässigkeit müssen in der Sicherheitspolizei unbedingt aufrecht erhalten werden. Im Rheinland und Westfalen hat sich der Selbstschutz nicht bewährt. Selbstschutzorganisationen sind in Preußen unter keinen Umständen zu dulden. Über die Gefahren und Schwierigkeiten des Winters kommen wir nur hinweg, wenn alle, die es gut mit unserem Vaterlande meinen, unter Hintenansetzung der politischen Leidenschaften mitarbeiten, ich bin bereit dazu. (Beifall.)

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Nach der Reichsverfassung ist den Beamten die Freiheit der politischen Gesinnung gewährleistet. Daraus muß auch der Minister, der auch ans Gesetz gebunden ist, die Konsequenzen ziehen. Minister Severing ist aber sehr unduldsam gegen politisch anders Denkende, namentlich den leitenden Beamten in der Provinz gegenüber. Staatssekretär Dr. Freund zeigt eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit, die Beamtenschaft glaubt, daß mit ihm alles zu machen ist. Die Regierung ist unter sich sehr uneinig. Der Justizminister setzt sich für die Orgesch ein, der Innenminister ist dagegen. Die Landleute auf einsamen Besitzungen können auf den Selbstschutz nicht verzichten. Die brutale Abschnürung Ostpreußens erfordert auch aus politischen Gründen vollste Aufmerksamkeit und Vorbeugung. Der Minister sollte sich, falls er nach den Wahlen noch auf seinem Platze sein sollte, nicht als Parteiminister fühlen

Minister Severing:

Waffen darf nur der tragen, der von Amts wegen dazu berufen ist. Soweit mein Ressort in Frage kommt, wird die Zusammengehörigkeit mit Ostpreußen stets gepflegt werden. Die Gegensätze zum Justizminister haben das Kabinett stark beschäftigt. Die von mir angezogenen

Landwirte, ermöglicht durch schnelle Ablieferung von Brotgetreide und mäßige Preise die freie Wirtschaft!

Gesetzesbestimmungen gebe ich gern preis. Ich wollte nur den Eindruck nicht aufkommen lassen, als ob die Volksschutzorganisationen legalisiert seien, zumal sich Arbeiterschutzorganisationen bildeten. Wenn beide Seiten sich bewaffnen, so kommt es zum Bürgerkrieg und den muß ich als Polizeiminister vermeiden. Das Gutachten des Justizministers ist den Zeitungen durch Vertrauensbruch eines ehemaligen Hilfsarbeiters im Ministerium zugegangen, der jetzt Orgesch-Offizier ist. Staatssekretär Dr. Freund ist ein fleißiger Mitarbeiter, hat aber an der politischen Gestaltung meines Ressors keinen Anteil.

Präsident Leinert stellt gegenüber dem Abgeordneten Dr. von Richter fest, daß die Verhaftung des Abgeordneten Kneiffel (Soz.) in Breslau nicht vom Minister veranlaßt worden sei. Kneiffel sei versehentlich auf der Bahn verhaftet, aber alsbald mit dem Ausdruck des Bedauerns entlassen worden und habe sodann sein Mandat niedergelegt.

Hierauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Freitag den 3. Dez., 1 Uhr nachmittags. (Wahlgesetz, Mittellandkanal.) Schluß gegen 6 Uhr.

Deutschland und die Entente.

Milderung der Viehablieferung?

Zu der Frage der Ablieferung von Milchkühen an Frankreich erfahren wir von besonderer Seite in Berlin folgendes: Dem Einfluß der Entente, besonders Englands, auf Frankreich ist es zuzuschreiben, daß Frankreich von seiner unerfüllbaren Forderung auf Ablieferung von 800 000 Milchkühen abgekommen ist. Man ist zu der Erkenntnis gelangt, daß Deutschland unmöglich eine solche Einbuße an Milchkühen erleiden kann. Die Verhandlungen, die in diesem Augenblick zum zweiten Male auf kurze Zeit unterbrochen sind, um Freitag wieder aufgenommen zu werden, dürften, soweit bis jetzt bekant ist, darauf hinauslaufen, daß in der nächsten Zeit etwa 70000 Stück Vieh zur Abgabe gelangen, unter denen sich in überwiegendem Maße männliche Tiere befinden sollen. Wir werden also damit rechnen müssen, daß wir — wenn auch vorläufig in geringerem Umfange — auch Milchkühe nach Frankreich abzugeben haben.

Französische Privatforderungen an Deutsche.

Genf, 3. Dez. Nach einer Meldung des französischen Ministeriums des Äußern haben bisher 4277 Franzosen private Geldforderungen gegenüber Angehörigen des Deutschen Reiches angemeldet. Diese Forderungen belaufen sich auf zusammen 328 159 062 Francs und erstrecken sich auf 22 284 Schuldner.

„Die bayerische Einwohnerwehr bleibt."

Die „München-Augsburger Abendzeitung" gibt eine Meldung des „Echo de Paris" wieder, wonach Frankreich infolge der ihm von der bayerischen Regierung gegebenen Sicherheitserklärung sich veranlaßt sehe, seinen Protest gegen die bestehende bayerische Einwohrerwehr fallen zu lassen. Das genannte Blatt macht diese Meldung zum Gegenstand eines Leitartikels mit der Überschrift: „Die bayerische Einwohnerwehr bleibt!"

Angebliche deutsche Betrügereien bei der Rückgabe der erbeuteten Trophäen.

Die Pariser Liberte versucht, nach einer Meldung der Voss. Ztg. in einem groß aufgemachten Leitartikel nachzuweisen, daß Deutschland die französischen Fahnen, die es nach dem Versailler Vertrag zurückzugeben hatte, durch untergeschobene wertlose Trophäen ersetzt habe. Das Blatt behauptet, 75 französische Fahnen, die früher in der Potsdamer Garnisonkirche aufbewahrt wurden, seien gegenwärtig im Berliner Reichswehrministerium versteckt. Die Fahnen die in München aufbewahrt wurden, seien verschwunden. Desgleichen seien die Schlüssel der 1870/71 eroberten französischen Festungen aus dem Berliner Zeughause verschwunden und seitdem unauffindbar. Keine der von Deutschland abgelieferten Fahnen sei auf dem Schlachtfelde erbeutet worden. Es handle sich durchweg um nachträglich gefundene Stücke. Die deutsche Regierung habe versprochen, die verschwundenen Trophäen zu suchen und, falls sie gefunden werden, abzuliefern.

Der Völkerbund weist den deutschen Einspruch gegen die „Abstimmung" in Eupen und Malmedy zurück.

Paris, 3. Dez. Der Völkerbund richtete an die deutsche Regierung in der Frage von Eupen und Malmedy folgende Note:

In Beantwortung Ihrer Note bezüglich der Kompetenz des Rates des Völkerbundes hinsichtlich seiner Entscheidung betr. die Gebietszuerkennung von Eupen und Malmedy bin ich vom Rat des Völkerbundes beauftragt, der deutschen Regierung bekannt zu geben, daß dieser die Bemerkung in der deutschen Note als nicht stichhaltig erkennt. Es ist keine Gelegenheit vorhanden, um die in der Note vom 22. Oktober ausgesprochene Ansicht abzuändern. Der Rat des Völkerbundes wünscht der deutschen Regierung bekannt zu geben, daß alle Mitglieder des Völkerbundes über die Frage von Eupen und Malmedy unterrichtet wurden, und daß der dem Völkerbund vorgelegte Text über die Arbeiten des Rates ausdrücklich die Protestnote der deutschen Regierung gegen die Kompetenz des Rates des Völkerbundes erwähnt. Unterzeichnet ist diese Note von dem Delegierten Da Cunnha.

Völkerbund und „Friedens"-Vertrag.

Paris, 3. Dez. Der portugiesische Delegierte de Costa erklärte, daß die Völkerbundakte nur die Vorrede des Versailler „Friedens"-Vertrages darstelle und daß diese infolgedessen abgeändert werden könne, ohne daß man den „Friedensvertrag" abändern müsse. Deshalb schlug de Costa vier Abänderungen in der Völkerbundakte vor. Gegen diesen Antrag wandte sich Bourgeois in sehr erregter Weise und erklärte, daß die Völkerbundakte und der „Friedens"-Vertrag im engsten Zusammenhang stehen. Bei der Abstimmung wurde die Einstimmigkeit über den Antrag de Costa nicht erzielt, da mehrere andere Delegierte ebenfalls für Abänderungen eintraten.

*

Aus dem besetzten Gebiet.

Beamtenüberwachung im Rheinland.

Eine Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission bestimmt, daß die deutschen Behörden gleichzeitig mit der Ernennungsanzeige neuernannter Beamten im besetzten Gebiet den Delegierten der interalliierten Kommission eine Reihe von Angaben zu machen haben, die Namen, Tätigkeit, Wohnsitz des Beamten, nähere Familienverhältnisse und seine bisherige Laufbahn betreffen. Die Verordnung, die schon am 15. November in Kraft getreten ist, findet auch auf den Brückenkopf Kehl Anwendung.

In Köln wurden vom englischen Militärgericht Regierungsrat a. D. Dr. Heinrich Stinnes und sein Sohn Hans wegen des Besitzes und der Aufstellung einer Anlage für drahtlose Telegraphie nach der Voss. Ztg. zu je 10000 M Geldstrafe verurteilt. Wie dem Prozeßbericht zu entnehmen ist, kam das Gericht zu der Überzeugung, daß der Apparat für keine gegen die Besatzungstruppen gerichteten Zwecke bestimmt war und wegen mangelnder Hochspannung zur Abgabe von Nachrichten überhaupt nicht verwendet werden konnte. Deshalb wurde von der Verhängung einer Gefängnisstrafe abgesehen. Der Apparat verfiel der Beschlagnahme.

*

Um Oberschlesien.

Protest der oberschlesischen Parteien.

Kattowitz, 3. Dez. Die deutschen Parteien in Oberschlesien veröffentlichen einen Aufruf an alle Oberschlesier, in dem es heißt:

Landsleute!

Durch Verübung von Gewalttaten und Verbrechen und Verbreitung von Schreckensnachrichten versucht die allpolnische Propaganda, die Landsleute aus dem Reiche an der Ausübung ihres Stimmrechts zu hindern. Unter dem Vorwand, daß das Erscheinen unserer oberschlesischen Landsleute Unruhen in Oberschlesien verursachen würde, versucht man sie von Oberschlesien fernzuhalten und will sie in einem andern Orte abstimmen lassen. Die Ruhe von Oberschlesien ist nur durch Korfanty und seine Agitatoren gefährdet. Ruhe und Ordnung sind in der Abstimmungszeit gesichert, wenn die Besatzungsmächte ihre Pflicht erfüllen und schonungslos gegen alle Ruhestörer vorgehen. Um das Ergebnis der Abstimmung zu fälschen und sie günstig für Polen zu gestalten, arbeitet Korfanty seit Monaten darauf hin, die Entente zu bewegen, daß die Abstimmung nicht an einem Tage in ganz Oberschlesien, sondern zonenweise stattfindet. Gegen diese Machenschaften, die auf eine Verletzung des Versailler Vertrages hinzielen, erheben wir feierlich Protest. Zu diesem Protest müssen sich alle Oberschlesier, gleich wo sie wohnen, einig zusammenschließen. Wir protestieren gegen eine zonenweise oder getrennte Abstimmung. Wir wollen nur die restlose Erfüllung des Versailler Vertrages. Die Besatzungsmächte tragen die Verantwortung dafür, daß er erfüllt wird.

Die deutschen Parteien in Oberschlesien:
Katholische Volkspartei. Sozialdemokratische Partei. Demokratische Partei. Deutschnationale Volkspartei.

Ähnliche oder gleichartige Kundgebungen gegen die Nichtachtung der Abstimmungsbestimmungen des Versailler Vertrages wurden von den Verbänden der heimattreuen Oberschlesier in Berlin, Dortmund und Wien erlassen.

Polnische Spiegelfechterei.

Paris, 3. Dez. Der Vizepräsident des polnischen Ministeriums Daszynski erklärte dem Warschauer Korrespondenten des „Temps", daß die Entscheidung der Alliierten, die in Oberschlesien Geborenen in Köln abstimmen zu lassen der polnischen Regierung große Sorge bereite. Durch die Abstimmung der 300 000 Oberschlesier werde die bisherige Zahl der stimmberechtigten Deutschen in Oberschlesien „verdoppelt". Hätten diese in Oberschlesien selbst abstimmen dürfen, so wären große Unruhen entstanden. Die Losung, diese Oberschlesier in Köln abstimmen zu lassen, könne die polnische Regierung nicht beruhigen. Sie fürchte, daß dieser Vorschlag nicht mit dem notwendigen Ernst vollzogen werden könne. Die polnische Regierung habe die Nachricht mit großer Freude aufgenommen, daß die Volksabstimmung demnächst stattfinden wird.

Streikbewegung in Oberschlesien.

Wie wir von gutunterrichteter Seite in Berlin erfahren, handelt es sich bei dem in Oberschlesien ausgebrochenen Streik um einen wilden Streik. Nur in der Bismarckhütte ruht die Arbeit vollständig. In den anderen Betrieben hat die vorgenommene Abstimmung nur eine geringe Mehrheit für den Streik ergeben, weshalb vorläufig noch weiter gearbeitet wird. Im übrigen bietet die Streiklage zurzeit noch kein klares Bild. Das Gesamtergebnis über die Streikabstimmung liegt noch nicht vor. Als Streikgrund ist die neuaufgestellte Forderung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe von 1000 M anzusehen die die Arbeitgeber abgelehnt haben. Die Gewerkschaften mußten sich diesem ablehnenden Beschluße anschließen. Es scheint, als ob die radikalen Betriebsräte die Schuld an dem Streik tragen. Die Gewerkschaftsführer sind fest entschlossen, dem Streik irgendwelche moralische oder finanzielle Unterstützung zu versagen.

Über 200 deutsche Lehrer aus Pommerellen ausgewiesen.

Landsberg (Warthe), 3. Dez. In der Wojewodschaft Pommerellen wurden 210 deutsche Lehrer ihres Amtes enthoben, da sie sich geweigert hatten, den Diensteid für Polen zu leisten.

Die englisch-französisch-italienischen Vorschläge zur Abstimmusg in Oberschlesien.

Berlin, 3. Dez. Die englische Regierung hat der deutschen Botschaft in London eine Note, gezeichnet Lloyd George, übermittelt, in der es u. a. heißt:

1. Die britische, französische und italienische Regierung haben die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß die in Oberschlesien abzuhaltende Abstimmung durch genaue und buchstäbliche Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Art. 88 Anlage § 4 des Friedensvertrages gestört oder sogar verhindert werden kann. Dieser Paragraph bestimmt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201203-15/fragment/page=0005

„Jeder soll in der Gemeinde stimmen, in der er seinen Wohnsitz hat, oder wenn er seinen Wohnsitz nicht in dem Gebiete hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist."

2. Die drei Regierungen haben daher nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Lage einstimmig beschlossen, der polnischen und deutschen Regierung folgende Vorschläge zu machen:

3. Der letzte Absatz des § 4 der obenerwähnten Anlage lautet wie folgt: „Das Abstimmungsergebnis muß gemeindeweise und zwar nach der Mehrheit in jeder Gemeinde festgestellt werden." Die britische, französische und italienische Regierung sind der Meinung, daß es dem Sinne des vorerwähnten Absatzes nicht widerspricht, wenn die wirkliche Stimmenabgabe der Nichtangesessenen in irgend einem Orte außerhalb des Abstimmungsgebietes unter folgenden Bedingungen stattfindet:

Alle nicht in Oberschlesien ansässigen aber durch ihren Geburtsort an der Volksabstimmung berechtigten Personen können in den gegenwärtig von den alliierten Truppen besetzten Gebieten in einem Orte, wie z. B. Köln oder in mehreren Orten versammelt werden, um dort ihr Stimmrecht unter Aufsicht einer Unterkommission der oberschlesischen Abstimmungskommission auszuüben, die von den alliierten Regierungen zu diesem Zwecke ernannt werden würde.

4. Es sind jedoch zwei Punkte, die in diesem Augenblick zu erläutern angebracht erscheinen.

5. Erstens der Grund, um dessen willen die drei Regierungen anregen, das besetzte deutsche Gebiet als Wahlbezirk für die Nichteingesessenen gelten zu lassen, ist nicht allein die durch die Anwesenheit hinreichender militärischer Kräfte der Alliierten gebotene Sicherheit, sondern auch die Tatsache, daß von der Mehrzahl der nichteingesessenen Stimmberechtigten angenommen wird, daß sie in Deutschland wohnen.

6. Zweitens wird es Sache der Abstimmungskommission für Oberschlesien sein, falls dieser Vorschlag angenommen wird, nach Maßgabe ihrer Befugnisse auf Grund des Friedensvertrages zu entscheiden, ob die Nichteingesessenen an demselben Tage oder an denselben Tagen wählen sollen, an denen die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet. Aus dem zweiten Satz der vorstehenden Ziffer 3 ist jedoch zu ersehen, daß man das Ergebnis der Volksabstimmung nach diesem Vorschlage nicht kennen und noch weniger veröffentlichen darf, bevor nicht die Stimmen der Nichteingesessenen denen der Einheimischen für jede Gemeinde hinzugezählt worden sind. Ich beehre mich, im Namen der drei Regierungen der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag unverzüglich in wohlwollender Erwägung ziehen wird und der Botschafterkonferenz ihren Entschluß sobald wie möglich mitteilen wird, damit die nötigen Maßnahmen getroffen werden.

Oberschlesien als Garantie für eine polnische Milliardenanleihe?

Über die wirklichen Gründe der polnisch-französischen Bestrebungen, Oberschlesien für Polen zu retten, verbreitet folgende Meldung ein grelles Licht:

Wie erinnerlich, weilte der jetzt zurückgetretene polnische Finanzminister Grabski im Anschluß an die Brüsseler Konferenz in Paris, um dort Verhandlungen über eine in Frankreich aufzulegende polnische Milliardenanleihe zu führen. Nach Pressemitteilungen und auch nach Äußerungen von Grabski selbst, sollten sich die Verhandlungen damals zerschlagen haben. Wie nunmehr die „Schles. Ztg." von ihrem Pariser Korrespondenten erfährt, hat es sich damals nicht um eine endgültige Ablehnung Frankreichs gehandelt. Die Verhandlungen sind nur deshalb hinausgeschoben worden, weil Polen damals nicht in der Lage war, Garantien für eine große Milliardenanleihe zu geben. Von französischer Seite ist geltend gemacht worden, daß jene Garantie nur dann vorhanden wäre, wenn Oberschlesien an Polen fallen würde. Sollte dies eintreten, so wären damit die Garantien erfüllt. Das Interesse Frankreichs an der Zuteilung Oberschlesiens an Polen wird hiermit wieder einmal von einer neuen Seite aus beleuchtet, denn man muß wissen, daß Polens Schulden an Frankreich 40 Milliarden Goldmark bereits übersteigen. Polen soll sie aus den oberschlesischen Gruben herauswirtschaften!!

Der Standpunkt der deutschen Regierung

kann durch diese Machenschaften nicht verrückt werden. Wie man uns aus Berlin meldet, hält die Reichsregierung an der Forderung fest, daß der Vertrag von Versailles buchstabengetreu durchgeführt werden muß, das heißt, die Abstimmung aller Oberschlesier hat in Oberschlesien und an einem Tage zu erfolgen.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Schöffengericht Merseburg.** (Sitzung vom 2. Dezember 1920.) 1. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte russische Kriegsgefangene Max M. aus Bl. war angeklagt, in der Nacht zum 29. Oktober in Blösien dem Rittergutspächter Richter 4 Gänse und 2 Enten gestohlen zu haben. Er wurde mit 4 Wochen Gefängnis bestraft, die auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. — 2. Der Arbeiter Josef B. aus M. war wegen Unterschlagung angeklagt. Er hatte von dem Bauführer Pohle hierselbst 750 ℳ zur Verteilung an seine Mitarbeiter erhalten, diesen Betrag aber für sich allein behalten, er wurde zu 10 Tage Gefängnis verurteilt. — 3. Der ebenfalls aus der Untersuchungshaft vorgeführte Schlosser Georg St. aus Bad Lausigk hatte sich in der letzten Zeit bettelnd und landstreichend umhergetrieben und dem Polizeibeamten, der ihn dieserhalb in hiesiger Stadt festnahm, Widerstand geleistet. Wegen Widerstand wurde er mit 3 Wochen Gefängnis, wegen des Bettelns mit einer Woche Haft verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wurde angerechnet. — 4. Der ehemalige Sergeant, jetziger Zimmermann Hermann K. aus N. war beschuldigt, im Jahre 1919 in englischer Gefangenschaft den früheren Musketier Max Keitel körperlich mißhandelt zu haben, er wurde freigesprochen. — Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen ihnen zugestellte polizeiliche Strafverfügungen hatten gestellt a) die Witwe Elisabeth Sch. von M., die beschuldigt war, am 15. Juli 1920 von dem Fenster ihrer Wohnung aus auf vorübergehende Leute Wasser gegossen zu haben; b) die Kutscher Karl F. und Karl W. in M., die am 1. Juni 1920 auf der Kirschstraße Frankleben-Spergau Kirschen entwendet haben sollten. Zu a) erfolgte Freisprechung, weil der Zeugin eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden konnte. Die Beschuldigten zu b) zogen ihren Einspruch vor der Hauptverhandlung zurück. — Einspruch gegen ihnen zugestellte amtsrichterliche Strafbefehle hatten erhoben: 1. Der Straßenbahnwagenführer Willi A. in N., der beschuldigt war, am 19. Januar 1920 mit den von ihm geführten elektrischen Wagen in Merseburg in eine vor ihm marschierende Abteilung der Landesjäger gefahren zu sein und dadurch 3 Landesjäger verletzt zu haben, so daß diese sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Er wurde freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den Wagen geführt hatte. 2. Der Bäcker Eduard G. in B., der im unbefugten Besitz einer Schußwaffe mit Munition betroffen war. Er zog seinen Einspruch zurück. 3. Der Oberschweizer Wilhelm D. in Schk., der im August 1920 der Ritterguts-Verwaltung daselbst 1 Zentner Gerste und 45 Pfund Kälberfutter entwendet haben sollte, er zog seinen Einspruch zurück. 4. Der Arbeiter Friedrich S. in M., der im Sommer d. J. dem Obsthändler Müller Kirschen im Werte von 57 ℳ weggenommen haben sollte, er wurde mit 5 Tage Gefängnis bestraft. 5. Die berufslose Frau Ida S. aus M., die beschuldigt war, am 9. September 1920 in Merseburg von dem Ladentische des Fahrradhändlers Schneider eine der Frau Winkler aus Kötzschen gehörige Geldtasche mit 90 ℳ Inhalt an sich genommen zu haben, sie wurde mit 5 Tage Gefängnis bestraft. 6. Der Arbeiter Artur H. aus W., der gemeinschaftlich mit noch zwei anderen Verurteilten, in den Leunawerken Firnisersatz im Gesamtwerte von 67,50 ℳ gestohlen haben sollte. Er zog seinen Einspruch vor Eintritt in die Hauptverhandlung zurück.

⊥ Zwei edle Polen im Alter von 23 und 20 Jahren, die Arbeiter Xaver Koniczny und Anton Klaus, wie viele ihrer Landsleute eine wahre Landplage für uns, hatten seit Mai nicht gearbeitet, sondern sich in Merseburg und Umgegend herumgetrieben, wie sie ohne weiteres eingestanden. Sie wollen teilweise von ihren Ersparnissen gelebt haben, die nach ihrer Angabe bei jedem 400 ℳ betragen haben sollen. Sie waren nun angeklagt, in Merseburg und Umgegend gewerbsmäßig Glücksspiele getrieben zu haben, deren Erträge wöchentlich 300 ℳ betragen haben sollen. Dann waren sie, fünf Mann hoch, nach Eisenach gefahren in der ausgesprochenen Absicht, dort zu stehlen. In Eisenach wurde die Bande festgenommen, wobei ein Polizeibeamter erschossen worden war, weswegen noch ein Verfahren schwebt. Jetzt hatten sie sich nur wegen des gewerbsmäßigen Glücksspieles vor der Strafkammer in Halle zu verantworten, wofür das Gericht jeden zu acht Monaten Gefängnis und 300 ℳ Geldstrafe verurteilte, auch wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht sowie auf fünfjährigen Ehrenrechtsverlust erkannt. Die Geldstrafe und ein Monat Gefängnis wurde als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

⊥ Ein ungetreuer Angestellter. Der ehemalige mehrheitssozialistische Stadtverordnete Rechtsanwaltsbürovorsteher Paul Krautmann in Naumburg wurde von der dortigen Strafkammer wegen fortgesetzter Veruntreuungen zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

*

Sicherung der Koalitionsfreiheit durch Gerichtsbeschluß.

Eine äußerst wichtige Entscheidung für die Straßenbahner fällte auf Antrag des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands (Christliche Gewerkschaft) das Amtsgericht Berlin Mitte, Abt. 3, am 28. Juli 1920. Ähnlich, wie in Leipzig, hatten sich eine größere Anzahl Straßenbahner zum Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands überschreiben lassen. Seitens der Mitglieder des sozialdemokratischen (in Leipzig unabhängigen) Transportarbeiterverbandes wurde nun mit allen nur erdenklichen Mitteln versucht, die übergetretenen Mitglieder von der Arbeitsstelle zu verdrängen, um sie wieder ihrem Verbande zuzuführen. Der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner hat gegen diesen unerhörten Terrorismus entschieden Stellung genommen und die zu ihm Übergetretenen vor der Brotlosmachung geschützt: Der Gerichtsbeschluß lautet:

1. Den Antraggegnern wird jeder Versuch, den Antragsteller zum Austritt aus dem Christlichen Verband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, unter Androhung fiskalischer Strafe bis zu 500 ℳ für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt.

2. Die Antraggegner haben die Kosten dieses Beschlusses zu tragen.

Es ist erfreulich, daß endlich Klarheit in der wichtigen Frage der Koalitionsfreiheit geschaffen wurde, und das durch die Verfassung verbriefte Recht gesichert wird. Jetzt ist es den nichtsozialdemokratischen Straßenbahnern und auch den übrigen Arbeitern endlich möglich gemacht, sich neutralen Organisationen anzuschließen, ohne Gefahr zu laufen, brotlos gemacht oder sonstwie geschädigt zu werden.

Der Gerichtsbeschluß hat jedoch nicht nur für Straßenbahner Bedeutung. Es ist vielmehr Arbeitnehmern und Arbeitgebern von Industrie, Handwerk und Gewerbe der Weg gezeigt, wie sie sich gegen die leider noch an der Tagesordnung befindlichen Vergewaltigungen der Koalitionsfreiheit schützen können, wenn sie nur an die „richtige Schmiede" gehen.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Mittwoch in Zürich 0,22½ Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,32½ Centimes gestiegen. In Amsterdam wurden für die Mark 4,77½ Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verbesserung um 0,10 Cents bedeutet.

= **Einen weiteren beträchtlichen Rückgang des Papiergeldumlaufs** kann der Ausweis der Reichsbank vom 23. November feststellen. Der Rückfluß an Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen betrug 775,2 Millionen Mark; der Banknotenumlauf ging um 512 Millionen Mark auf 62 592,9 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 263,2 Millionen Mark auf 12 332,9 Millionen Mark zurück. Die Abnahme des Gesamtlaufs seit Beginn des Berichtsmonats stieg damit auf 1644,7 Millionen Mark. Die bankmäßige Deckung ermäßigte sich um 2776,7 Millionen Mark auf 49 782,3 Millionen Mark und die Gesamtanlage um 2774,2 Millionen Mark auf 50 782,3 Millionen Mark. Auf der anderen Seite erfuhren die fremden Gelder eine Verminderung um 3598,5 Millionen Mark auf 13 107,4 Millionen Mark. Die Bestände der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen nahmen um 857,4 Millionen Mark bis auf 19904,5 Millionen Mark ab. Die Abnahme hing mit der Verminderung des Darlehnsbestandes bei den Darlehnskassen um 1120,5 Millionen Mark auf 32 407,6 Millionen Mark zusammen.

= **Kalkverteilung für die Monate Dezember 1920, Januar und Februar 1921.** Die Kohlenversorgung der Kalkwerke hat im Oktober einen Rückgang sowohl in Steinkohlen als auch in Rohbraunkohlen erfahren und betrug 67 v. H. des Kontingents. Die Darlegungen des Vertreters des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die voraussichtliche Kohlenlage der kommenden Monate klangen wenig zuversichtlich. Unter Mangel an hochwertigen Brennstoffen haben gegenwärtig die Weißkalkwerke im westlichen Industriebezirk außerordentlich zu leiden; die Versorgung der wichtigen Verbrauchergruppen, wie Eisen- und Stahlindustrie, chemische Werke, Kokereien und Landwirtschaft ist daher gefährdet. Auf den Versand des Kalkes hat der Mitte Oktober einsetzende Kalkwagenmangel sehr nachteilig gewirkt; zum Teil waren Betriebseinstellungen hiermit verbunden. Die Zuteilung an die einzelnen Verbrauchergruppen hat wesentliche Änderungen gegenüber den Vormonaten nicht erfahren.

= **Die Vereinigung der Spielwarenfabriken** in Neustadt bei Coburg erhöhte mit Rücksicht auf neue Lohnerhöhungen die Preise für Spielwaren um 5 Prozent, für Attrappen um 10 Prozent.

= **Preisermäßigung für Kupferrohr.** Der Kupferrohrverband in Kassel hat seine Preise um 800 auf 3552 ℳ ermäßigt.

= **Preisermäßigung für Messingfabrikate.** Die Vereinigten Messingwerke ermäßigten die Preise für Messingbleche um 200 auf 2550 ℳ und für Messingstangen um 100 auf 1550 ℳ per 100 Kilo.

= **Leipziger Malzfabrik in Schkeuditz.** Nach dem Bericht gestaltete sich das abgelaufene Geschäftsjahr durch die Ungunst der Verhältnisse schlechter als das Vorjahr. Das Ergebnis wurde noch dadurch ungünstig beeinflußt, daß auf Kriegsanleihe 42 323 ℳ abgeschrieben werden mußten. Es ergab sich nur ein Bruttogewinn von 1014 ℳ (i. V. 108 726 ℳ, der zu Abschreibungen auf Kriegsanleihe verwendet wurde). Wie im Vorjahre, schlägt die Verwaltung vor, aus der zu diesem Zweck angesammelten Sonderrücklage eine Dividende von 5 Prozent auszuschütten. Die Bilanz weist aus Debitoren 581 116 ℳ (69 104 ℳ), Effekten 342 480 ℳ (1 091 230 ℳ) und Aktivhypotheken 200 000 ℳ (i. V. Baukonto 20 945 ℳ). Das Immobilienkonto erhöhte sich auf 547 802 ℳ (455 000 ℳ), das Maschinenkonto auf 216 280 ℳ (80 000 ℳ). Anderseits sind die Kreditoren auf 540 093 ℳ (235 022 ℳ) angewachsen.

Gewinn-Auszug
der
16. Preuß.-Südd. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 22. Ziehungstag — 1. Dezember 1920

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. — Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 10000 M 222238
10 Gewinne zu 5000 M 76508 81094 105488 106270 176966
72 Gewinne zu 3000 M 14229 17947 19091 23791 24552 24875 29480 36348 50242 53240 55769 56196 64128 73046 82452 90159 108766 118375 119403 122061 126688 144312 158630 169026 169106 175435 180068 180707 181831 182448 211758 219426 220174 222490 225623 226247
214 Gewinne zu 1000 M 21 4671 8472 10100 11881 12637 21378 22963 24844 26793 28016 28802 29425 31557 38287 39294 40033 40860 41932 42068 42464 45781 45887 47468 48396 57169 60322 62237 62870 64993 65264 69162 74895 78979 80443 83221 85573 85850 86737 88438 89883 91863 91931 96401 98390 99891 100513 100323 103005 103301 115071 117968 118076 120858 122186 122540 125452 126356 131572 132631 133949 135874 138068 142203 145060 143653 143710 145663 150222 151870 152220 154004 154258 155570 158429 158602 159497 161642 163529 166438 167784 168497 171270 172415 173224 174110 175402 177064 183569 184836 185248 187466 193714 193927 195501 195572 198641 209782 210943 213033 213536 217785 222750 224354 227797 229087 231056
242 Gewinne zu 500 M 928 1828 3186 4817 6202 6926 7796 9402 9593 9630 11667 12876 13507 13650 14733 16007 16209 20850 21455 22275 30847 31367 32008 32693 33512 33925 36891 38052 38850 46282 47043 55132 55615 56927 59907 61133 63961 64192 64238 65402 70930 72376 74816 74990 75479 79477 80018 80496 87768 88665 92581 94003 94651 96070 96311 97445 99383 101309 107251 107882 110096 111197 113935 114869 115743 117808 118363 118455 123970 124019 124879 127547 130320 134917 141722 143126 143774 146490 146923 149115 151087 153243 153427 155675 157900 161715 162281 166692 171054 173206 175316 178156 180480 181711 181745 182072 184497 184957 186163 186629 186797 192103 192661 196340 201325 201677 201724 203623 206883 209423 209660 210233 211051 212204 217885 218138 221539 223968 226290 230974 231806

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 1000 M und die Prämie von 500000 M 215439
2 Gewinne zu 40000 M 46226
2 Gewinne zu 15000 M 171927
2 Gewinne zu 5000 M 213992
46 Gewinne zu 3000 M 10064 12444 14293 30610 47060 52957 56808 58559 81834 97619 114251 115963 127591 141211 158599 158649 173740 181660 202373 204819 207243 210187 221056
74 Gewinne zu 1000 M 1132 13017 22374 28246 31853 34699 40252 43294 46595 54758 58248 68114 82184 82708 89285 95062 110044 113897 118165 121994 123598 126113 127292 133705 137824 143807 144368 148475 152913 162531 170537 179807 186687 188137 204871 205315 209983
122 Gewinne zu 500 M 2802 13143 17062 17202 36081 36636 41549 48590 49312 49710 54664 55422 57089 57981 62680 66268 74371 75500 77809 85518 90418 90772 95828 98369 99931 102180 122027 123214 126235 128118 129819 132431 138397 139754 140070 141806 148054 152352 152872 161405 172361 173783 174536 180158 181287 185784 192072 192368 194457 198422 208457 208788 209283 215698 216804 216980 218996 222542 224040 225160 229937

Um fremdes Blut.

Roman von Amélie Hinze.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

mich in die Stadt und direkt zu Herzog bringen. Ich wollte mir daselbst ein neues Beinkleid kaufen. Plötzlich spürte ich die ersten Regentropfen und entdeckte gleichzeitig auf dem Feldwege raschen Schrittes, den Blick prüfend zum Himmel erhoben, eine junge Dame ohne Regenschirm, aber in reizender Sommertoilette. Hier galt es resolut sein. Eine ungalante Wolke, die sich plötzlich entlud, das Halten des Wagens, Herausspringen meinerseits und auf die hilflose junge Dame zueilen, war das Werk des nächsten Augenblicks. Ich riß meinen Hut vom Kopfe und begann: „Da Petrus so ungalant ist, so gestatten Sie, mein Fräulein, daß ich —" Weiter kam ich nicht, denn ich hatte plötzlich den Faden verloren, was ziemlich viel sagen will, und zwar, weil — — Ja, wie soll ich Ihnen das schildern, Hartig? Kennen Sie das berühmte Bild „Die Bettlerin vom Pont-des-Arts?" So muß sie aussehen, wenn sie traurig ist. In dem Augenblick aber war alles an ihr Sonnenschein, was in Anbetracht des nassen Segens, der sich sturzartig über uns ergoß, mich aufrichtig überraschte.

Und nun begann sie zu sprechen, mit fremdem Akzent, der den Bemerkungen starken Reiz verlieh, sie habe bei Sonnenschein das Haus verlassen, sie sei eine große Freundin von Fußwanderungen und habe daher auf Schusters Rappen zur Stadt eilen wollen und sich bei Herzog einen neuen Regenschirm kaufen. Das war nun zwar reichlich alltäglich, aber die Art, wie sie das sagte, Verehrtester", — Herr v. Rehberg sah auf seine Fingerspitzen „Himmel", sagte er dann leise, „was läuft doch alles auf Gottes Welt herum an Wundern, denn ein Wunder ist es gewiß, wenn ein Wesen, das von Kindheit an Großstadtluft geatmet hat, ein Naturkind bleibt."

„Früher frequentierten Sie ein anderes Genre, Rehberg!"

Dieser stäubte bedächtig die Asche von seiner Zigarre ab.

„Ist der Becher erst bis zur Neige geleert, lockt uns nur eins noch: Das Reine, und in dem Reinen das Höchste, die Natürlichkeit."

„Wie kam es nun weiter?"

„Zwei Menschen, die sich nie zuvor gesehen hatten, saßen plötzlich unter dem Halbdach des Wagens beieinander in lebhaftem Gespräch. Auf dem Dache plätscherte der Regen und mit dem feuchten Duft der Atmosphäre sog ich noch etwas anderes ein — einen frischen Geistestrunk vom Quell des Lebens."

„Donnerwetter, ich wußte gar nicht, daß Sie poetisch veranlagt sind, Rehberg!"

„Ich auch nicht! Aber Sie müssen mich nicht so oft unterbrechen, Hartig! Also — da gab es weder Prüderie, noch Ziererei, nichts, das die Harmonie des Wesens störte. Und doch war dieses frische, reizende Geschöpf ein feingebildetes Mädchen, das die Grenze zwischen sich und dem fremden Herrn sicher zu ziehen verstand. Unser gemeinsames Ziel war der Vermittler zwischen uns. Ich hatte mich natürlich vorgestellt, aber sie erwiderte dies nicht; sie wies in ihrer freudigen Art auf den Regenbogen, den ein Sonnenblick gerade am Himmel zeichnete. „Sehen Sie nur, wie ätherisch die Farben sind und wie sie harmonisch ineinander fließen, als wären sie von überirdischer Hand ausgeführt. Ich kenne ein Land, dort sind die Farben noch schöner, — o, so schön! Himmel und Meer eine blaue Ewigkeit, und die Sonne malt die Felsen und die Marmorbilder rot. Es ist wie ein Traum und doch —" — „Italien?" fragte ich und gewahrte, wie sie erschauerte. Was bedeutete ihr das Wort? Ich wollte gerade die brennende Frage tun, wer sie sei, als der Wagen hielt. „Sie gestatten doch, meine Gnädige, daß ich Sie heimgeleite?" flüsterte ich. Vermutlich hatte etwas in meinem Ton gelegen, — die Macht alter Gewohnheit, wofür ich mich hinterher hätte ohrfeigen mögen, — was ihr Mißtrauen weckte. Sie dankte etwas rasch und reichlich ernst. Vergebens suchte ich, im Laden angelangt, noch einen Blick von ihr zu erhaschen. Ich wagte nicht mehr, ihr meinen Rat anzubieten; ein Etwas in ihrer Haltung hielt mich davon zurück. Bald darauf hatte sie mit einem Kopfneigen gegen mich das Lokal verlassen; ich stand mit dem häßlichen Gefühl: „Das soll alles gewesen sein?" allein. Und wie ein förmlicher Taumel erfaßte mich die Frage: Wer kann sie sein, diese wunderbar schöne Fremde? Wer ist sie — wer ist sie?"

Sollte es eine Kunstpause sein, die der Erzähler gemacht hatte, so war dieselbe geschickt gewählt. Seines Zuhörers Interesse war ein so hochgespanntes, daß er kein Wort einwarf, und jener fortfuhr:

„Plötzlich kam mir ein Gedanke. Ich erkundigte mich nach der Adresse der schönen Unbekannten. „Frau Professor Diedenhoven, Vorstadt St. Josen, Goetheplatz 6" erwiderte der Ladendiener. „Witwe", fiel ein zweiter ein. Ich glaubte, meinen Ohren nicht trauen zu können; ich sah im Geist ihren dunklen Blick — halb Kind noch, halb Weib. Es war mir, als sei mir eine Illusion zerstört; dann aber rechnete ich mit der Tatsache. Ich kaufte ein reizendes Landschaftsbild en miniature: „Ein Blick aus dem Lande der Orangen", auf Elfenbein gemalt, und schärfte dem Verkäufer ein, das Bild dem Kauf der Dame beizufügen, und mir das Beinkleid zu senden. Ich trank an diesem Abend ein Glas auf das Wohl meiner jungen Göttin und fühlte ein Feuer in meinen Adern, wie ich es eine Ewigkeit nicht mehr gespürt hatte."

„Hören Sie mal, Rehberg", unterbrach ihn der andere, „seit einer halben Stunde lausche ich gespannt, daß die Geschichte zum Klappen kommt, und Sie maufern daran herum, daß es seine Art hat. Schießen Sie doch endlich einmal los, oder ich glaube, Sie sind nichts, als ein geschickter Claqueur!"

„Hm!" machte Rehberg. „Einen Treffer gibt es in meiner Erzählung überhaupt nicht, aber ein Nachspiel. Hören Sie nur: Als ich am anderen Morgen beim Frühstück sitze, kommt die Sendung von Herzog. Ich öffne sie, und was finde ich? — Einen Damenregenschirm, ein Spitzenfichu und — „Ein Blick aus dem Lande der Orangen". — Eine Viertelstunde später rollte ich zur Vorstadt St. Josen hinaus. Endlich bin ich am Ziel. Eine stattliche Villa, aber doch etwas schwerfällig als Witwensitz für ein so jugendliches Wesen. Ich bin ganz Spannung und Erwartung. Ein alter Drache in Gestalt eines Dienstboten öffnet mir. Der rechte Hüter für den Schatz, denke ich, und überreiche der Person meine Karte, damit sie sie überbringe. Die Alte zieht die Brauen hoch; oben gehen Türen; ich höre leichte Schritte, ein Raunen und Flüstern und leises, helles Lachen. Ich werfe das Monokel ins Auge und starre das Treppenhaus empor. Die Treppe herab kommt, der Alten die Karte abnehmend, mit sehr viel Würde eine ältliche Dame geschritten. „Sie sind der Empfänger der verwechselten Sendung, mein Herr, und bemühen sich nun selbst, dieselbe einzutauschen? Das ist sehr liebenswürdig von Ihnen. Ich bitte!" Ich muß wohl oder übel der Dame in das Zimmer folgen. Ich werfe einen schnellen Blick durch den Raum. Er ist leer. Indes ich einige Phrasen spreche, ermesse ich im Geiste die Situation, wenn die Ersehnte eintritt und vielleicht in Gegenwart ihrer Duenna das Paket öffnet. „Ich bin beauftragt, Ihr Eigentum Ihnen einzuhändigen", erhebt da die Dame ihre Stimme und legt dabei ein Riesenpaket vor mich hin, „und Ihnen zugleich für die Regulierung zu danken. In der Tat, eine heitere Verwechselung! Nun aber muß ich mich doch einmal überzeugen!" — Ich greife nach meinem Hut, doch da kommt es schon: „Ein Regenschirm, ein Fichu, — ganz recht! Was haben wir denn aber hier?" Ich mache der Sprecherin hinterrücks eine Verbeugung und retiriere nach der Tür. „Einen Augenblick, mein Herr!" erschallt es da lieblich hinter mir. „Hier liegt offenbar abermals eine Verwechselung vor. Gestatten Sie, daß ich Ihnen Ihr Eigentum —" „Sie kommen damit an die unrechte Adresse, meine Verehrteste!" hauche ich. Ein feines Lächeln umspielt die Lippen der Angeredeten. „Nun, wenn Sie nicht der Eigentümer sind, so doch vielleicht der Käufer. Für diesen Gegenstand ist in der Villa Diedenhoven kein Raum." — Tableau!"

„Und das war das Ende?"

„Das Ende!"

„Ein sehr ruhmloses, hahaha! Die eigenmächtige Dame war vermutlich —"

„Herein!"

Herr v. Rehberg hatte sich ein wenig aufgerichtet und sah lässig nach der Tür, an die es geklopft hatte. Hartig benutzte die Unterbrechung und füllte sein Glas mit Maibowle, die in einer silbernen Kanne auf dem Tische stand.

Der Postbote trat ein und brachte Rehberg einen Brief.

„Ah, das nenne ich eine Überraschung!"

„Läßt die schöne Unbekannte von sich hören?"

„Wo denken Sie hin? Ein alter Jugendfreund, Eberhard Wettin —"

„Ach so, der mit dem Patriziersspleen! Was schreibt er denn?"

„Darauf bin ich auch begierig! Ein paar Jährchen sind es her, seit wir uns zuletzt geschrieben haben." Der Sprecher schnitt den Brief auf. „Ob er der alte geblieben ist? Immer kühl und reserviert! Was an Leidenschaft in ihm ist, gilt, glaube ich, einzig seinem Namen —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201203-15/fragment/page=0006

Sonntag, den 5. Dezember (2. Advent).

Gesammelt wird eine Kollekte für den Stadt-Verein für Innere Mission in Magdeburg.

Es predigen:

Dom. 10 Uhr: Sup. Bithorn. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr: Diak. Wuttke. Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl. Dori. 4/9 Uhr vorm.: Gottesdienst f. Taubstumme in der Herberge zur Heimat.
Donnerstag abends 8 Uhr: Bibelstde. in der Herberge zur Heimat. Diak. Wuttke.

Stadt. 10 Uhr: Past. Werther. An der Geisel 5. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Past. Riem. An der Geisel 5.

Ev. Männer- u. Jugendverein. Sonntag 8 Uhr: Versammlung A. d. Geisel 5. Past. Werther.
Dienstag 8 Uhr: Bibelstunde. A. d. Geisel 5. Past. Werther

Ev. Mädchenbund St. Maximi. Dienstag 8 Uhr: Chor-Gesangs-Uebung A. d. Geisel 5. Lenter Brüsch.
Mittwoch 8 Uhr: Versammlg. A. d. Geisel 5. Pastor Riemt.

Neumarkt. 10 Uhr: Past. Bolt. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 8 Uhr: Versammlung der konfirmierten Söhne im Pfarrhause.
Dienstag 4 Uhr: Monatsversammlung der Frauenhilfe im Pfarrhause.
Donnerstag 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.

Altenburg. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein. Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe Unter-Altenburg 26
Dienstag 4/8 Uhr: Jungfrauenverein U.-Altenb. 86.
Mittwoch 8 Uhr: Lesesabend Unter-Altenburg 36.

Meuschau. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kratzenstein.

Christliche Gemeinschaft
Blanckestraße 1.
Sonntag abds. 8 Uhr: Bibelstde.
Mittwoch abds. 8 Uhr: Bibelstde.

Katholische Kirche.
Sonnabend: 5 Uhr Beichte.
Sonntag: 6 Uhr Beichte.
7 Uhr Frühmesse m. Predigt.
4/10 Uhr Pfarramt m. Predigt.
2 Uhr Christenlehre u. Andacht.
An den Wochentagen früh 4/8 Uhr heilige Messe.

Volks-Bibliothek
Knabenmittelschule Schulstr. 3.
Geöff. Sonntags v. 11 1/2—12 1/2.

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Gratulationen und Geschenke sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Merseburg, den 3. Dezember 1920.

R. Sliska und Frau Alice geb. Kundt.

Gestern früh verschied ruhig und sanft nach langem schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante

Frau Wilme Th. Pönicke geb. Kummer.

Merseburg, Fischerstraße 13, den 3. Dezember 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen:
R. Sattler und Frau nebst Geschwister.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 2 1/2 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Allen denen, welche uns bei dem schweren Verlust so unendlich viel Liebe und herzliche Teilnahme bezeugt haben, sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank aus.

Merseburg, den 3. Dezember 1920.

Marie Dreykopf und Töchter.

Statt Karten.

Beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sind uns so überaus viele Beweise herzlicher Teilnahme und treuen Gedenkens zugegangen, daß es uns unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken.
Wir bitten, auf diesem Wege unseren aufrichtigsten, tiefgefühltesten Dank entgegenzunehmen.

Merseburg, Hallesche Str. 84, den 3. 12. 20.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Chr. Helbig.

Einen guten Rat

gebe ich Ihnen:
Zögern Sie nicht zu lange mit Ihren
Weihnachtseinkäufen.

Adler-Drogerie Merseburg a. S.
Wilh. Kieslich Nachf., Inh. A. Atzel.
Fernsprecher 95. Entenplan.

Umsatz- und Grunderwerbs-Steuer

Die Umsatz-, Luxus- und Grunderwerbssteuer des Stadtbezirkes Merseburg wird vom 29. November 1920 ab im Finanzamt, Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt, Weiße Mauer 48, 2. Obergeschoß, Zimmer 77, bearbeitet.

Merseburg, den 2. Dezember 1920.

Finanzamt.

Aufzeichnungen für Stickereien aller Art
wie Kissen, Decken, Kleider, u. s. w.
auf alle Stoffe in jeder gewünschten Ausführung, nach eigenen
zeitgemäßen Entwürfen sowie Malereien
auf Stoffe nach Wunsch und Angabe führt sachgemäß bei billigster Berechnung aus
P. Hübner, Merseburg, Annenstr. 7
/ Kunstgewerbl. Werkstatt für Malerei. /

Als
Weihnachts-Geschenke
empfehle
Handtücher, Taschentücher, Wäschestoffe für Leib- und Bettwäsche.
Rudolf Krämer
Merseburg
Christianenstr. 7.

Pfaff Nähmaschinen
für Haushalt und Gewerbe, mustergültiges deutsches Fabrikat von hoher Vollendung empfehlen bei erleichterten Zahlungsbedingungen z. billigst. Preisen
Gustav Engel Söhne
Telephon Nr. 203

Freiw. Versteigerung.
Am Sonnabend, d. 4.0. Mts., pünkt. 10 Uhr, versteigere ich im Gasthof Cattro
1 Sofa mit roth. Ripsbezug, 1 Kleiderschrank (dunkel), einen kleinen Spiegel, 1 Kommode, 1 Regulator, 3 Stühle mit Rohrsitz, 1 Gasofen (fast neu) meistbietend gegen bar. Bezahlung. 1/4 Stunde vorher.
Rubusch,
Verschiedenallieber in Merseburg

Suche möbliertes Zimmer.
Ang. u. 2811 an die Exp. d. Bl.

Welch edeldenkende Herrschaft gibt jungen Leuten (Beamter, kinderlos)
2 leere Zimmer
ab. Ang. u. 2805 a. d. Exped.

Tausche schöne
3 Zimmerwohnung
in Frankfurt (Oder), mit ebenwerthiger hier oder in Frankleben. Gefl. Angeb. unter 2800 an die Exped. dieses Blattes.

Wohnungstausch Merseburg-Berlin.
4 Zimmer-Wohnung gegen 3—4 Zimmer m. Komf. in Schöneberg, oder alter Westen gesucht.
Hallesche Str. 34, part.

10—15000 Mk. bei mäßig. Zinsfuß auf Haus gesucht. Kaufe auch guterh. Gasherd und elektr. oder Gas-Heizofen sowie gute elektrische Lampen. Ang. u. 2810 an die Exp. d. Bl.

Rodelschlitten, 2 sitz.
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 2809 an die Exped. d. Bl.

Alle Arten und jeden Posten
= Felle =
u. Häute
kauft
Albrecht,
Unter-Altenburg 18

Billard (80 × 160) mit Bällen und Stöcken, Laterna-Magica mit 6 Serien Bildern, Anker-Steinbaukasten und Leder-Fußball zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Die Befreiung des Arbeiters und der Arbeit
von Gerhard Hildebrand.

Ein Industriearbeiterprogramm auf der Grundlage der
Selbsthilfe,
der sittlichen Erneuerung und des Ausgleichs von
Individualismus und Sozialismus,
zur Abwehr von Bolschewismus und Bürgerkrieg!

Preis 5 M. zuzüglich Teuerungszuschlag des Sortiments.
Verlag der „Hilfe" G. m. b. H. Berlin NW. 40

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 91 — Freitag, den 3. Dezember 1920

Es liegt Veranlassung vor, an die Beachtung der

Verordnung über Preisverzeichnisse u. Preisschilder,

veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Merseburg, Stück 74 vom 5. Okt. 1920, zu erinnern.

Zur Verordnung der Bestrafung nach § 6 der Verordnung werden die Gewerbetreibenden erneut lediglich aufgefordert, der Anordnung unverzüglich zu entsprechen.

Merseburg, den 29. November 1920.

L. A. II 2194/20. Der Magistrat.

Für mehrere Kinder im Alter von 2 Monaten bis zu 4 Jahren werden gute Pflegestellen gesucht. Interessenten wollen eine Familienliebhabern mittlerer Beamter gesucht, die bereit wäre, ein 4/4 jähriges Mädchen gegen angemessene Vergütung aufzunehmen.

Merseburg, den 29. November 1920.

IV. 5568/20. Der Magistrat, Städt. Wohlfahrtsamt.

Anschlüsse an das städtische Elektrizitätswerk.

Die zur Verfügung von Anlagen zum Anschluß an das Elektrizitätswerk berechtigten Installateure sind:

Günther Liebmann, Entenplan 6
Paul Rudolph, Lindenstr. 6
Fritz Wagner, Karlstr. 8
Paul Schepp, Weiße Mauer 14
Wilhelm Schepp, Weiße Mauer 25
Otto Siemsch, Karlstr. 25
Stefan Kruk, Burgstraße 13
Max Friedrich, Domstraße 13
Otto Wörner, Friedrichstr. 16.

Landelektrizitätsgesellschaft Saalkreis Bitterfeld, Halle a. S., Magdeburgerstr. 67.

Installationen, welche von anderen als den vorgenannten Installateuren ausgeführt sind, werden nicht an das Netz des städtischen Elektrizitätswerkes angeschlossen. Weiterhin werden Anlagen nicht bei Eingriffen von nichtigen Installateuren bei Strom entsogen.

Merseburg, den 14. Oktober 1920.

VII 390/20. Der Magistrat.

Druck und Verlag von Th. Hübner in Merseburg.

Porzellan
Steingut
Glas

empfiehlt zu niedrigsten Preisen
E. M. Renner, Markt 18, 1 Tr.

Für den
Weihnachts-Tisch
empfehle:
Nichttropfende Baumkerzen
Lichthalter
deutsche u. franz. Toilette-Seifen
in den verschiedensten Preislagen
Parfümerien
von den billigsten bis zu den besten
Haar- und Mundwässer
Zahnpasta / Zahnbürsten
Hautcremen
Back- und Puddingpulver
sowie alle
Gewürze z. Weihnachtsbäckerei
Ritter-Drogerie
Werner Mahlfeldt

Damenmantel, zwei Blusen, Jackett, Gaskocher u. Küchenuhr sehr billig verkauft Neu-Rössen, Merseburger Str. 70

Getragener
Regen-Mantel
(prima Gummi) billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp.

Wohnhaus
wegen Barzahlung sofort zu verk. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Daselbst fast neue
Eisenbahn
zu verkaufen
1 bl. Schlüpfer, 1 Stufenkletter 1 kl. Kübel, 2 Paar Stiefel, Gr. 41, 1 P. neue Langschäfter u. 1 weiß. Kleid zu verk. Wo? erfr. in der Exped. d. Bl.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Schluß
der
Anzeigen-Annahme
um
10 Uhr vormittags
für größere Anzeigen abends zuvor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201203-15/fragment/page=0007

Guterhalt. Wintersportpaletot
billig zu verkaufen
Oelgrube 35, 1 Tr.

Gute Baby-Wäsche, ein Schaukel und Herren-Stoff: billig zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

1 neue Taftbluse
(Größe 42) ist zu verkaufen
Gutenbergstraße 17, 1 Tr.

Ein Paar halbe Damen-Schuhe (Nr. 36), fast neu, weil zu klein, zu verkaufen
Große Ritterstr. 33, Vdhs., II.

Ein Paar neue, rindslederne
Damen-Stiefel
(Gr. 40) sind billig zu verk.
Schmale Str. 25, 1 Tr.

Ein P. Damenstiefel (Gr. 41) neu, eine Puppenstube mit Möbeln, 1 schwarz. Damen-plüschhut neu,
zu verk. Zu erfr. in der Exp.

Eleg. Pelzgarnitur
(Zobel-Collnski) für 800 Mark, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

1 Kindergitterbett
zu verkaufen
Clobikauer Str. 36, part.

Sehr gut erhaltener
Kinderwagen
zu verkaufen
Lindenstraße 9, Hof.

Neuer Rauchtisch
(Eich) verkauft. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Dampfmaschine und andere Knabenspielsachen
verkauft Markt 31, 2 Tr.

Guterh. Fellschaukelpferd, Kinderschaukel und Kinderdreirad zu verkaufen
Kirchner, Kurze Str. 3.

Größ. Puppensportwagen, 1 kleine Puppenwagen, größ. Puppenküche, 1 Zither und 1 Luftgewehr zu verkaufen
Hirtenstraße 11, 1 Tr.

1 weiß. Puppenwagen
zu verkaufen
Gotthardstraße 26, 1 Tr.

Puppenküche und große Puppe
zu verk. Roonstr. 13, part. l.

Eine Schrotmühle,
für Kraft, wenig gebraucht, verk.
Atzendorf 27.

3-flammige Gaskrone
preiswert zu verkaufen
Schreiberstraße 1, 1 Tr.

Mehrere
elektrische Lampen
zu verk. Schladebach 62 a.

Ofenrohre und Kniestücke,
l. Weite 13, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Ein großes
Läuferschwein
zu verk. Lössen 5.

Jung. Schäferhund,
6 Wochen alt, zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Sonnabend früh erhalte: frisch. Seefisch frischegr. Heringe, feinste Bücklinge
a Pfund Mk. 6.—,
Emil Wolff,
Roßmarkt.

Christbäume
in allen Größen verkauft
im Hofe des Sattlermeisters Kunth, Gotthardtstraße.
E. Ringel.

Christbäume
(bayrische Edeltanne) in allen Größen, auch an Wiederverkäufer empfiehlt
Richard Plötner,
Gasthof „Alte Post".

Dauerhafte
Rucksäcke,
neu, wasserdicht, für große Lasten, I a Friedensware, ca. 50×60 groß, hergestellt aus Militär-wasserlack-Segeltuch, mit breiten festen Tragriemen, großer Außentasche, Regenschutzklappe.
Solange Vorrat Mark 33.— gegen Nachnahme.
A. Schneider,
Coburg 4, Bahnhofstraße 2.

Bekanntmachung.

Der Mühlenbesitzer **Alwin Donath zu Benndorf** hat die Sicherstellung des Rechtes beantragt, zum Betriebe seiner an der Geisel in Benndorf gelegenen Mahlmühle das Wasser der Geisel bis zur Ordinate 103,65 m. N. N. durch Aufstau zu heben und zum Mühlenbetriebe zu verwenden.

Gemäß § 65 des Wassergesetzes wird dies hierdurch mit dem Bemerken bekanntgemacht, daß die Zeichnungen und Erläuterungen bei dem Landratsamte in Merseburg sowie bei dem Bezirksausschuß in Merseburg eingesehen werden, und daß Widersprüche gegen die Sicherstellung, sowie Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen zur Verhütung nachteiliger Wirkungen der Sicherstellung und Ansprüche auf Entschädigung bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß schriftlich in zwei gleichlautenden Stücken oder mündlich zu Protokoll erhoben werden können. Für die Erhebung von Widersprüchen wird eine Frist bis zum 30. Dezember d. J. gesetzt. Wer bis zu diesem Tage gegen die nachgesuchte Sicherstellung Widerspruch nicht erhebt, verliert sein Widerspruchsrecht und kann wegen nachteiliger Wirkungen der Ausübung des dem Antragsteller künftig verliehenen Rechtes die Unterlassung der Entwässerung nicht mehr verlangen, vielmehr nur noch die Herstellung und Unterhaltung von solchen Einrichtungen, welche die nachteiligen Wirkungen ausschließen oder Entschädigung verlangen.

Innerhalb der gesetzten Frist sind auch solche Anträge auf Verleihung des Rechtes zu einer Benutzung der Geisel zu stellen, durch welche die von dem Antragsteller beabsichtigte Benutzung dieses Bachlaufes beeinträchtigt werden würde; spätere Anträge auf Verleihung werden in diesem Verfahren nicht berücksichtigt werden. Diesen Anträgen sind eine Beschreibung, ein Lageplan und ein Bauplan in drei Ausfertigungen beizufügen.

Zur Erörterung der Widersprüche und der sonstigen erhobenen Ansprüche wird Termin auf dem Mühlengrundstück des Antragstellers zu Benndorf vor dem Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Loesener auf
Sonnabend, den 8. Januar 1921, vormittags 9½ Uhr,
angesetzt. Hierzu werden der Antragsteller, die Widersprechenden und die sonstigen Beteiligten mit dem Bemerken vorgeladen, daß im Falle ihres Ausbleibens gleichwohl mit der Erörterung vorgegangen werden wird.

Merseburg, den 22. November 1920. B. A. 2292.

Der Bezirksausschuß. Dr. Loesener.

Verband der Deutschen Buchdrucker
(Ortsverein Merseburg)
Sonntag, den 5. Dezember, vorm. ½10 Uhr.
Versammlung
im „Preußischen Adler".
Bericht des Kollegen König-Halle über die Tarifverhandlungen. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

72er. Sonnabend, d. 4. 12., abends 8 Uhr **Versammlung** bei Kamerad Rudolf.
Der Vorstand.

Leb. Spiegelkarpfen sowie Aale empfiehlt
H. Birnstiel Nachf.,
Fischerstraße 15.
Bestellungen auf Weihnachts-Karpfen werden jetzt schon entgegen genommen.

Reh, Hasen, Gänse, Enten, Obst
kauft und verkauft
P. Geheb.

Sinner Backpulver

Akademische Vereinigung der Universität Halle-Wittenberg.
Freitag, den 10 Dezember, abends 8 Uhr im Schloßgartensalon
Vortrag des Privat-Dozenten
Dr. Gerstenberg-Halle
über den
Impressionismus (Max Liebermann)
mit Lichtbildern.
Eintrittskarten zu 1,50 Mark in der Buchhandlung von Fr. Stollberg. Für Mitglieder der Vereinigung Eintritt frei.

Woll- und Wirkwaren!

Trikotagen für Herren, Damen und Kinder.
Handschuhe, Strümpfe, Socken, Normal-Unterhosen, -Hemden, -Jacken,
Blusenschoner, wollene und vigogne Untertaillen mit und ohne Aermel.
Reform-Beinkleider für Damen und Kinder.
Damen- und Herren-Westen, Brustschützer.
Leibbinden, Schwitzer, Jagdstutzen, Wollene, gestrickte Schals, Wickelgamaschen.
Kinder Sweater, Gamaschen für Erwachsene und Kinder, Kragenschoner, Fuß Schlüpfer.
Erstlingssäckchen, Strickgarne, Wollene Vorhemden, Rodelmützer.
Vigogne und baumwollene Unterhemden für Kinder.

Sehr große Auswahl zu sehr günstigen Preisen!
Nur bewährte Qualitäten!

Handarbeiten!
Richelieu-, Lochstickerei-, Gobelin- und Kelim-Handarbeiten
nur auf guten Stoffen gezeichnet.
Neuheiten in modernen Bunt-Stickereien u. leichten Kinderarbeiten
vorgezeichnet, angefangen und fertig.

Werkstätte für Aufzeichnungen und Sticken auf Kleider, Blusen usw.
Reichhaltige Farbenauswahl in Stickseiden.

G. Hoffmann, Markt 19.

Gegr. 1846. **Inh.: Bernhard Taitza.** Fernruf 464.

Deutscher Werkmeister-Verband
Bezirksverein Merseburg und Umgegend.
General-Versammlung
Sonntag, den 5. Dezember, im „Tivoli".
Hierzu werden alle technischen Angestellten der Papier- und Metall-Industrie sowie alle noch dem Verbande fernstehenden Kollegen eingeladen.
Wegen der wichtigen Tagesordnung und des lehrreichen Vortrages des Verbands-Kollegen Herrn Beese-Halle beginnt die Versammlung pünktlich 3 Uhr nachmittags. Der Vorstand.

Thüringer Hof. Sonnabend von abends 7 Uhr an
großer öffentlicher Ball.

B.-C. „Preußen" E. V.
Sonnabend, den 4. Dez. 1920, abends ¼8 Uhr
Versammlung
im „Hohenzollern".
Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.
Der Vorstand

Junger Mann
sucht Zither-Unterricht.
Angebote mit Preis unter 2812 an die Exped. d. Bl.

Suche einen
Schuljungen
zum Wegegehen.
Carl Brendel,
Gotthardtstraße.

Verein ehemal. Kavalleristen. Sonnab., d. 4. Dez. abends 7½ Uhr
Monats-Versammlung
im Dammschloß.

Zum 1. April 1921 suche ich
2 Lehrlinge
Carl Heber,
Kupferschmiederei-Installation
Gotthardtstraße 28.

Trebnitz.
Sonntag, den 5. Dezember,
Pfannkuchen-Schmaus
von 3 Uhr ab
Ballmusik
Volles Streichorchester. Neueste Tänze.
A. Heyer.

Frau zum Ausbessern
der Wäsche wird gesucht.
Walchhoff, Hallesche Str. 13.

Eine Frau
zum Ausbessern d. Wäsche
wird sofort gesucht
Hallesche Str. 34, 1 Tr.

Saubere Waschfrau
wird bei hohem Lohn sofort gesucht Roter Feldweg 8, pt.

Sauberes, ehrliches
Mädchen
sucht zum 15. Dezbr. oder später Frau Direktor Kare, Markt 31.

Junges, ehrliches, sauberes
Dienstmädchen,
möglichst vom Lande, sofort gesucht.
Bahnhofstr. 8a, part. r.

Schäferhund zugelaufen.
Atzendorf Nr. 5.

Schäferhund auf den Namen „Nixe" hörend entlaufen.
Abzugeben Neumarkt 76.

Diejenige Person, welche am Donnerstag, in der Oelgrube die Mütze an sich nahm, ist erkannt und wird ersucht, dieselbe umgeh. Oelgrube 13, II, r. abzugeben.

hab uff Du. Ise meine Watter sahe.

Optikermstr. Fischer
MERSEBURG, Markt 24,
Fachmann für wissenschaftlich richtige Augengläser
Erstes optisches Spezial-Geschäft am Platze.

Gesang-Verein Wallendorf u. U.
Am Sonntag, den 5. Dez., ab ½7 Uhr abends, im Gasthof zu Wallendorf
1. Wintervergnügen
Mitglieder und Freunde des Vereins sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Goldene Trauringe
in jeder Preislage empfiehlt
Alexander Peto
(vormals W. Hempel)
Halle a. S., Leipziger Strasse 83 (am Turm).

Kontrollkasse
National, ev. auch Ladentisch
zu kaufen gesucht. Offerten unter U. W. 2960 an Rudolf Mosse, Halle a. S.

Frisch geschossene **Hasen**
ganz und zerlegt
empfiehlt Wagnerstr. 8.

Bündorf.
Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".
Ortsgruppe Bündorf.
Sonntag, von nachmittag 3 Uhr an:
Ball.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Gasthaus Zweimen
Sonnabend, den 4. Dezember 1920,
Ballmusik.
Es ladet freundlichst ein K. Zwarg.

Fußboden-Stauböl,
klar und hell,
a Pfd. 7,50
Fritz u. Hermann Dietrich,
Friedrichstr. 16 u. 18.

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau
Berta Koopmann, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 104.

Junger zuverlässiger Mann sucht sofort Stellung gleich welcher Art, bevorzugt als Heizer für Zentralheizung in Gärtn. od. Buchdruckerei. Ang. unter 2813 an die Exp. d. Bl.

Strebsame Person
als Filialleiter gesucht. Ort und Beruf gl. kostenlos
Gehring & Co., Metallwerk,
Düsseldorf-Gerresheim 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201203-15/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Rittersir. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 274 — Freitag den 3. Dezember 1920 — 47. Jahrg.

Reichsnotopfer und Zwangsanleihe.

(Von einem Parlamentarier.

Im Steuerausschuß des Reichstages hat eine Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein am Mittwoch erhebliche Aufregung verursacht. Der Reichsbankpräsident war ersucht worden, ganz allgemein und ohne politische Rücksichten über die Frage zu sprechen, wie nach seiner Ansicht der Finanznot des Reiches zu steuern sei. Nun lag dem Steuerausschuß bereits der Regierungsentwurf über die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers vor. Es war daher angenommen worden, Havenstein werde sich für diesen Regierungsentwurf einsetzen. Das tat er aber nicht, sondern er machte den Vorschlag, die Erhebung des Reichsnotopfers mit der Aufnahme einer Zwangsanleihe in Verbindung zu bringen. Es sei dringend notwendig, der ständig wachsenden Vermehrung der Notenausgabe einen Riegel vorzuschieben. Ohne Einschränkung des Papiergeldumlaufes sei eine bessere Bewertung unseres Geldes auf dem internationalen Markte unmöglich. Die schwebende Schuld des Reiches sei im letzten Jahre von 86 auf 146½ Milliarden Mark gestiegen. Von den 60 Milliarden der Gesamtvermehrung entfielen allein auf das letzte halbe Jahr 52,8 Milliarden, also ein Betrag, der zehnmal so groß als die ganze Vorkriegsschuld des Reiches ist. Der Papiergeldumlauf sei im letzten Jahre von 50 auf 75 Milliarden angewachsen. Wenn hier nicht Einhalt geboten werde, müßten wir in kurzer Zeit bei österreichischen Zuständen anlangen und in die Assignatenwirtschaft geraten. Mit der beschleunigten Erhebung des Notopfers müsse die Aufnahme einer Zwangsanleihe verbunden werden. Wenn der Reichstag schnell handele, sei es noch nicht zu spät zur Wiedergesundung unserer Finanzen. Die Zwangsanleihe wäre so zu denken, daß ein Viertel des Vermögens in ihr anzulegen wäre, wobei die in bar geleisteten Zeichnungen auf Kriegsanleihe und die Zahlungen auf das Reichsnotopfer als Teil dieser Zwangsanleihe gelten. Um die Betriebskapitalien zu schonen, müßten Betriebsvermögen nur mit der Hälfte herangezogen werden. Die Zwangsanleihe im Zusammenhange mit der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers könne schätzungsweise etwa 20 Milliarden Mark sofort einbringen, also den doppelten Ertrag der beschleunigten Reichsnotopfereinziehung.

Nach diesen Vorschlägen hat auch der Reichsfinanzminister Dr. Wirth sich den vorgetragenen Vorschlägen Havensteins nicht abgeneigt gezeigt, so daß sich die Mitglieder des Ausschusses plötzlich vor ganz neue Beratungen und Entscheidungen gestellt sahen. In der fortgesetzten Aussprache am Donnerstag wurde deshalb von verschiedenen Abgeordneten die Ansicht vertreten, daß eine Weiterberatung im gegenwärtigen Augenblicke zwecklos sei und daß erst die bedeutungsvolle Rede des Reichsbankpräsidenten gedruckt vorliegen oder die Grundlagen eines Gesetzentwurfes über die Zwangsanleihe von der Regierung festgelegt werden müßten, ehe man Beschlüsse fassen könne. Der Reichsfinanzminister hat darauf noch einmal betont, daß er von jeher in Fühlung mit dem Reichsbankpräsidenten für eine Verbindung von Zwangsanleihe und Reichsnotopfer eingetreten, aber durch Kabinettsbeschluß auf den Weg der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers gewiesen worden sei. Weitere Beschlüsse sind dann im Ausschuß nicht gefaßt worden. Er hat sich vielmehr bis zum Dienstag nächster Woche vertagt.

Inzwischen sind wilde Gerüchte über Regierungskrisen aufgetaucht, die jeder Begründung entbehren. Dabei wird auch verbreitet, daß die demokratischen Abgeordneten im Ausschuß den Gesetzentwurf zur beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers abgelehnt hätten. Das ist nicht richtig. Die Deutsche demokratische Fraktion war und ist vielmehr bereit, dem Finanzminister ein Mittel zu bewilligen, das der Regierung ermöglicht, einen Teil der aufs unerträglichste gewachsenen schwebenden Schuld möglichst schnell abzubürden. Für diesen Zweck kommen eben nur zwei Wege in Frage, der der Zwangsanleihe und der der beschleunigten Einziehung des Notopfers. Vor Monaten ist die Frage der Zwangsanleihe bereits besproche worden; man hat von vielen Seiten, auch von demokratischer, die Bedenken dagegen vorgebracht. Dann hat sich das Reichskabinett für den anderen Weg, für die jetzige Vorlage entschieden. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber weiter verschlechtert. Der Bedarf in Handel und Industrie nach flüssigen Mitteln ist erheblich gestiegen. Dadurch ist das Parlament von neuem genötigt, zu prüfen, welcher von den beiden Wegen am praktischsten eingeschlagen wird und ob und inwieweit gleichzeitig andere Steuergesetze zum Schutz der Wirtschaft zu ändern sind. Für die demokratische Fraktion steht aber fest, daß der bei der Prüfung als zweckmäßigster befundene Weg sofort und in Gemeinschaft mit der Regierung betreten werden muß. Es handelt sich also um eine dringliche und gründliche Prüfung der vorgeschlagenen Regierungsvorlage nach ihrer Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit. Von einer Regierungskrise in diesem Zusammenhang zu reden, ist Unsinn.

Die Lage im Reiche.

Nachrichten über eine angeblich bevorstehende Brotpreiserhöhung,

die in Bayern große Beunruhigung hervorgerufen hatten, werden vom Reichsernährungsministerium ausdrücklich für falsch erklärt.

Kommt ein Tabakmonopol?

Berlin, 3. Dez. Zu einer Meldung der Leipziger „Neuesten Nachrichten", daß Vorarbeiten für ein Zigarettenmonopol im Gange seien, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß sich das Reichsfinanzministerium nach gesetzlicher Vorschrift bis zum 31. März 1921 über die etwaige Einführung eines Tabakmonopols schlüssig werden muß. Demgemäß schweben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen, die sich aber noch zu keinerlei Vorlage verdichtet haben.

Einmütige Ablehnung der englischen Note über die Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 3. Dez. (WTB.) Die Morgenblätter erkennen den verbindlichen Ton der englischen Note über Oberschlesien an, erklären aber einmütig, daß sie dem deutschen Volke eine Änderung des Friedensvertrages zumutet, die seinen Interessen zuwiderlaufe. — Der „Lok.-Anz." sagt, ein Sturm der Empörung würde sich bei allen deutsch empfindenden Oberschlesiern erheben, wenn die Reichsregierung hier auch nur einen Augenblick schwanken wollte. — Die „D. Allg. Ztg." sieht in dem Vorschlag einen gutgemeinten Vorschlag der Engländer, eine Brücke zwischen den von Frankreich unterstützten polnischen Forderungen und dem deutschen Standpunkt zu bauen, trotzdem sei er aber für uns unannehmbar. — Die „Voss. Ztg." findet in der Note keine wirkliche Begründung für eine Abänderung des Vertrages. Die bloße Besorgnis vor Unruhen, die außerdem unbegründet sei, könne unmöglich die Rechtfertigung für eine solche Maßregel sein.

Lebensmittelunruhen in Ostpreußen.

Königsberg, 3. Dez. In Heydekrug (Ostpr.) und Umgegend fanden Lebensmittelunruhen statt. Die Demonstranten, etwa 700 Personen, konnten zwar von der Landespolizei zerstreut werden, ohne daß es zu Ausschreitungen kam. Man befürchtet aber in den nächsten Tagen neue Unruhen wegen der mangelnden Brotversorgung. Im November sind für den Kreis Heydekrug nur etwas mehr als 300 Zentner Getreide zur Verteilung gekommen, bei einem Bedarf von über 2000 Zentnern.

Die Untersuchung des Zwischenfalles in Cuxhaven.

Cuxhaven, 3. Dez. (WTB.) Wie die „Frankf. Ztg." meldet, trifft die zur Prüfung des Zwischenfalles mit der Ententekommission eingesetzte Kommission heute hier ein. Die hiesigen Truppen haben eine Kommission nach Berlin entsandt, um bei den zuständigen Stellen eine Änderung der die Festungskommandantur betreffenden Sühneforderungen zu erwirken.

Infolge des Kohlenmangels.

Hanau, 3. Dez. (WTB.) Infolge des Kohlenmangels in den hiesigen städtischen Betriebswerken wird, wie die „Frankf. Ztg." meldet, der Straßenbahnbetrieb vom Sonnabend an vollständig eingestellt. Des weiteren wird die Abgabe von Gas und Elektrizität von 1—5 Uhr nachmittags eingestellt.

Tschitscherin fordert klare Antwort von England.

London, 3. Dez. (TU.) In einer neuen Note an die englische Regierung verlangt der Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, eine direkte und deutliche Antwort in der Frage, ob die englische Regierung in der Gegenwart oder in der nächsten Zukunft das Handelsabkommen mit Sowjetrußland abschließen wird, und ob England bereit ist, in London irgendwelche andere Friedensbesprechungen zu eröffnen. Falls darauf nicht reflektiert wird, habe ein weiteres Verbleiben des russischen Vertreters Krassin in London keinen Zweck mehr.

Verhaftung radikaler Führer durch Franzosen.

Frankfurt a. M., 3. Dez. Wie die „Frankf. Westdeutsche Arbeiterztg." meldet, wurden die Ortsgruppenvorstände der vereinigten kommunistischen Partei und der linken USPD. in Mainz, Worms und Höchst a. M. von den französischen Behörden verhaftet. Als Grund gibt das Blatt kommunistische Propaganda im besetzten Gebiet an.

Lloyd George über das bankerotte Europa.

Amsterdam, 3. Dez. Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George in seiner Rede auf dem Essen des Verbandes britischer Industrieller noch: Die europäischen Länder helfen sich nur durch die Banknotenpresse weiter, aber man könne nicht dauernd einen Sack Papier auf dem Rücken tragen. Europa sei auf dem Wege zum Bankerott. Europa könne nicht kaufen, und wo es zu kaufen vorgebe, könne es nicht verkaufen. Lloyd George erklärte weiter: Europa steht vor unserm Schaufenster, das mit den besten Waren angefüllt ist, die die Welt erzeugen kann. Europa ist jedoch in Lumpen, und seine Taschen sind nur mit Papier angefüllt. Europa muß sich aber zu einer vollen Börse emporarbeiten. Mit einer Handbewegung, die zugleich Verachtung und Verzweiflung ausdrückte, rief Lloyd George: Und da gibt es noch Leute in der Welt, die denken, je ärmer die europäischen Länder sind, um so reicher würden wir sein. Lloyd George sagte, das beste Mittel sei Frieden, und die Männer müßten vertilgt werden, die in der Welt mit Petroleumkannen umhergehen und die Feuer des Krieges und der Unruhe schüren.

Neue französisch-englische Besprechungen über Griechenland.

Paris, 3. Dez. (TU.) Der französische Ministerpräsident Leygues ist gestern morgen wieder in London eingetroffen. Die Verhandlungen wurden sofort wieder aufgenommen und nehmen unter offensichtlich günstigen Anzeichen ihren Fortgang. Nach einer halbamtlichen englischen Meldung dürfte gestern nachmittag eine Note an Griechenland zur Absendung gelangt sein. Das Reutersche Büro erfährt von französischer Seite, daß wahrscheinlich eine Note an Griechenland gesandt werden wird, in der es gewarnt wird, da sich im Falle einer Rückkehr des Königs Konstantin unter gewissen Umständen die Notwendigkeit ergeben wird, den türkischen Vertrag abzuändern. Der erste Schritt der Alliierten wird wahrscheinlich sein, Griechenland die finanzielle Unterstützung zu entziehen.

Der Eisenbahnerstreik in Norwegen.

Kopenhagen, 3. Dez. „Berlinske Tidende" meldet aus Christiania: Der Eisenbahnerstreik ist gestern zum Ausbruch gekommen. Der Postverkehr, der wichtigste Reisendenverkehr und die Versorgung mit Lebensmitteln werden aufrechterhalten.

Arbeitsmangel im Bezirk Colmar.

Paris, 3. Dez. Havas meldet aus Colmar, in den Webereien im Bezirk Colmar wird von jetzt ab nur 32 Stunden, anstatt 48 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Arbeiter, die zum Feiern gezwungen wurden, sollen als Entschädigung den vierten Teil ihres Lohnes erhalten.

Die Kosten ds Mittellandkanals.

Die Gesamtsumme, die für den Mittellandkanal gefordert wird, beläuft sich, wie der „Vorwärts" schreibt, auf rund 463 Millionen Mark, nach dem heutigen Geldstande also auf mindestens vier Milliarden. Das sei gewiß eine hohe Summe; aber das Geld sei gut angelegt. Mit ihm solle ein Werk geschaffen werden, das uns volkswirtschaftlich vorwärts bringe. Es werde den Osten und den Westen besser miteinander verbinden, einem besseren Austausch ihrer Produkte die Wege ebnen, den Verkehr gewaltig steigern helfen und vielleicht mehr, als wir jetzt ahnen, unsere Aufwärtsentwicklung fördern.

Allgemeiner deutscher Krankenkassentag in Berlin.

In Berlin trat am Donnerstag der von Vertretern der Krankenkassen aller Art zahlreich besuchte Allgemeine deutsche Krankenkassentag zusammen. Geschäftsführer Lehmann-Dresden erörterte in längeren Ausführungen die Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung. Die Reichsregierung und der Reichstag sollen ersucht werden, die Ärztefrage bei den Krankenkassen unverzüglich zu regeln.

Eine Überstunde für Kinder in Not.

Die Angestellten und Arbeiter der Firma Gustav Barthel in Dresden haben beschlossen, eine Überstunde zugunsten der notleidenden Kinder zu machen und den Betrag der Sammlung „Kinder in Not" zu überweisen. Sie hoffen, daß dieser Anregung über ganz Deutschland auch in anderen Industrien Folge geleistet wird. In Anerkennung dieses Gemeinsinnes wird der Firmeninhaber die gleiche Summe hinzufügen.

Protest der Berliner Hotelbesitzer.

Die Berliner Hotelbesitzer haben gestern in einer Versammlung einmütig beschlossen, den Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands aufzufordern, einen Tag zu bestimmen, an dem sämtliche Berliner Hotels als Protest gegen das Vorgehen der Berliner Polizeibehörde ihre Betriebe schließen und nicht eher wieder öffnen werden, bevor die Regierung Abhilfe geschaffen habe.

Politische Uebersicht.

Italien.

Der „Kampf" um Fiume.

Rom, 3. Dez. Wie die Blätter aus Fiume melden, ließ d'Annunzio am Eingang des Hafens das Schiff „Cortellacco" Stellung nehmen, um die Ausfahrt der anderen im inneren Hafen befindlichen Schiffe zu verhindern. Die Bevölkerung ist ruhig. Zahlreiche Schiffe kreuzen vor Fiume und üben eine sehr strenge Kontrolle über alle Schiffe aus.

Türkei.

Eroberung von Tiflis durch die Armenier.

Haag, 3. Dez „Nieuwe Courant" wird drahtlos aus London gemeldet, einem Bericht aus Konstantinopel zufolge hätten die Armenier Tiflis erobert und den Kemalisten eine schwere Niederlage zugefügt.

*

Deutschland.

Die Hilfsaktion für die Beamten.

Den dringlichen Vorstellungen der Beamtenvertreter im Reichstage folgend, hat die Regierung gestern dem Reichstage einen Gesetzentwurf über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 vorgelegt, nach welchem der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab für die Orte der Ortsklasse A auf 125 v. H., der Ortsklasse B auf 100 v. H. und der Ortsklasse C auf 75 v. H. festgesetzt wird. In der Begründung wird gesagt, daß an eine allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlags, [illegible] nen Mark betragen w[illegible] twickelung der Finanzlag[illegible] könne. Die Teuerungs[illegible] n eine Mehrausgabe v[illegible] Tage fand eine Besprechu[illegible] r Regierungsparteien [illegible] des unter dem Vorsitz D[illegible] us und Schuldt teilnahme[illegible] nbundes wurde dargelegt, [illegible] bitter ernst die Finanzlag[illegible] ngendsten Notwendigkei[illegible] ng der Kinderzuschläge, [illegible] gedehnt werden müßte, [illegible] s unabweisbar. Eine kle[illegible] ierungsparteien soll versu[illegible] ern. Unbedingt muß den[illegible] rden.

D[illegible] erledigt.

Der [illegible] ete gestern nach 38 Sitzu[illegible] gsgesetzes. Der Ausschu[illegible] r Beamten entgegengef[illegible] ben, verbot die traurige[illegible] t die Regierung einer [illegible] nnehmbar" entgegenges[illegible] dazu gebildeten Unterau[illegible] ushaltsausschuß gehen m[illegible] h eine Einigung über di[illegible]

Bi[illegible] Regierung

Wie der „Vorwärts" aus Dresden meldet, haben die Sozialdemokraten und Unabhängigen in Besprechungen die von der Unabhängigen Partei vorliegenden Richtlinien als geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anerkannt. Die endgültige Entscheidung wird in Verhandlungen am Sonntag und Montag gefällt werden.

Der Zustand der deutschen Kaiserin ist hoffnungslos.

Basel, 3. Dez. Die Amsterdamer Blätter berichten aus Doorn: Sämtliche Prinzen und Prinzessinnen des Hohenzollern-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131920 1203-15/fragment/page=0009